

# TATblatt

MINUS 21 NUMMER (28/92) 11. NOVEMBER 1992 PREIS: öS 15,—

## Rassismus ist Mord Gestern und Heute

Am Samstag, 7. November, demonstrierten in Wien rund 800 Leute und in Braunau am Inn (Oberösterreich) sogar mehr als 1000 Personen im Gedenken an den Novemberpogrom 1938 und gegen die AusländerInnenfeindlichkeit und den Rassismus von heute.

In Berlin nutzten am Sonntag, 8. November, rund tausend Autonome eine Großdemonstration um gegen den staatlichen Rassismus zu protestieren und griffen die prominenten Redner, wie Weizsäcker, Kohl und Vogel mit altem Obst und Eiern an. *Seite 5*



**Dumm  
Haid  
Macht  
Politik**

**Aufruf zu Aktionismus  
gegen Anti-Ausländer-  
Innen-Volksbegehren**

*Seite 7*

**Aufruf zum  
Ungehorsam gegen  
Militärgesetze  
Prozeß gegen  
Renate S.**

**Eine war geladen,  
70 kamen**

*Seite 2*

**Heißer Herbst  
in  
Griechenland**

**Streiks und radikale  
Kämpfe von ArbeiterIn-  
nen und Arbeitslosen**

*Seite 17*

# Prozeß gegen Renate S.:

## Eine war geladen, 70 kamen

Am Freitag, 30. Oktober, sollte Renate S. vor den Richter, doch 70 weitere ließen sie nicht alleine: Wenn schon, dann sollte über alle gleichzeitig verhandelt werden.

Anlaß war der berühmt-berüchtigte "Aufruf" (zur Wehrdienstverweigerung), den im Herbst '91 245 Personen unterzeichnet hatten; prozessiert sollte an jenem Tag allerdings nur über eine werden. Doch nicht mit uns: Solidarität hautnah praktiziert.

(TATblatt Wien)



## Der Prozeß

11.30 Uhr war der Termin. Um 11.35 Uhr (ich komme immer zu spät) war der ganze Vorraum zum Saal 2035 und das Stiegenhaus gestopft voll mit Menschen. Ein schönes Gefühl: Solidarität gibt's ja doch noch!

Warten. Ca 12.30 Uhr scheint die vorherige Verhandlung endlich aus zu sein; jetzt kommt Renate d'ran. Gewühl in der Menschenmenge, metallisches Klirren — siehe da, Renate befindet sich in einer Schlange aus ca. 20 mit Handschellen aneinandergeketteten Personen mit "Renate-Masken" vor dem Gesicht. "Wir sind heut' alle angeklagt, auch wenn der Staat nur S. sagt; das haben wir schon lang kapiert und uns solidarisiert", klingt es aus vollen Kehlen.

Doch es sollte noch eine geschlagene Stunde dauern, bis der Straffall Renate S. tatsächlich aufgerufen wurde, denn davor gab's noch eine andere Verhandlung.

Als es dann endlich soweit war und Renate dem Aufruf ihres Namens folgen wollte, versperrten 3 breitbeinige Polizisten den Saaleingang. Sie wollten Renate nur alleine reinlassen, was wiederum alle anderen nicht wollten. Dem Richter wurde die Warterei zu blöd, er vertagte. Allerdings nicht ohne die Warnung, er könne Renate

auch Zwangsvorführen lassen. Was etwas seltsam anmutet, angesichts der Tatsache, daß es ja eigentlich "seine" Polizisten waren, die Renate *nicht* reingelassen hatten

....  
Doch damit war der Tag noch nicht zu Ende: mutig zog die Menschenkette plus SympathisantInnen in einer Spontandemo unter intensiver Polizei"begleitung" über die Straßen vom Landesgericht zur Universität. Glücklicherweise hatten einige

Personen so viele kopierte Kurzinformationen über die Sache dabei, daß diese an PassantInnen verteilt werden konnten; auch gab es welche, die zufällig passende Transparente mit hatten, so daß Grund und Inhalt dieser Demo auch tatsächlich vermittelt werden konnten.

Alles in Allem: Eine gelungene Aktion, ein gutes Gefühl.

## In Zeiten wie diesen...

*In Zeiten wie diesen, in der uns der Wind wieder ziemlich kühl um die Ohren bläst, in Zeiten, wo sich Leistung wieder lohnen muß, in Zeiten, in denen selbst Haider mit seinen Forderungen hinter den Taten der Regierung herläuft — in diesen Zeiten ist der Begriff Solidarität etwas ganz Seltenes und Kostbares geworden. Zu viele haben einfach aufgegeben, haben, wie man so schön sagt, privatisiert, befinden sich auf den diversesten Selbsterfahrungstrips, deuten die Sterne oder sonst was — und wollen von den harten Wirklichkeiten nichts mehr hören und sehen.*

*Am 30. Oktober hatte ich meinen schon öfter im TATblatt erwähnten Prozeß — und es kamen mehr Leute, als ich zu hoffen wagte. An die 100 Selbstanzeigen liegen beim Staatsanwalt — und fast 100 sangen mit Kurti Winterstein: "Wir sind heut alle angeklagt..." Und wir haben gewonnen. Der Prozeß wurde aus fadenscheinigen Gründen vertagt, es wird ein nächstes Mal geben, wo es bestimmt nicht schlechter sein wird. Ich danke allen, die uns unterstützt haben. Diese Solidarität gibt Kraft und Mut zum Weitermachen.*

*Der dritte Aufruf ist im Anrollen — und er wird nicht der letzte sein.  
Danke!*

Renate Saßmann

## Die Vorgeschichte

Im Vorjahr wurde in "AZ", akin, TATblatt, Zeitschrift f. Antimilitarismus (ZAM) und vielleicht noch in anderen ein Inserat veröffentlicht. 245 Personen hatten einen Aufruf unterzeichnet, dessen zentrales Anliegen die Einstellung aller Verfahren gegen Wehrdienstverweigerer und die Streichung aller Strafbestimmungen aus Wehr-, Militärstraf- und Zivildienstgesetz war. Zu diesem Zweck forderten die UnterzeichnerInnen dazu auf, Militärgesetze nicht zu befolgen. Ein solcher Aufruf kann als "Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze" verstanden werden und unterliegt somit der Strafverfolgung.

## Die Hintergründe

In Österreich werden immer mehr Menschen durch militärische Gesetze verfolgt und eingesperrt. Jeder hundertste Soldat beendet seinen Präsenzdienst mit einer rechtskräftigen Verurteilung nach dem Militärstrafgesetz. Auch der Zivildienst ist als Hilfsdienst für ein militärisches Verteidigungskonzept diesem übergeordnet und wird zunehmend wegen seines Zwangscharakters von vielen abgelehnt.

Seit September 1990 "verteidigen" insgesamt 40.000 Soldaten Österreichs Wohlstand, indem sie Flüchtlinge aufgreifen, die sich über die grüne Grenze nach Österreich retten wollen.

## Strafverfolgung und Reaktionen

Milizverbände und Militärkommandos erstatteten nach der Veröffentlichung des Aufrufs in der AZ Anzeige. Etwa die Hälfte der "verdächtigen" Unterzeichnenden wurde zur Einvernahme in das Büro für Staatsschutz geladen.

Der Wiener Landtag hob die Immunität von Jean Margulies und Peter Pilz auf.

Renate S. wird vorgeworfen, für den Abdruck des Inserates in der akin verantwortlich zu sein.

Das TATblatt wurde bei Hausdurchsuchungen in den Verkaufsstellen in ganz Österreich und in den Redaktionsräumen beschlagnahmt, als es eine Unterschriftenliste für einen 2. Aufruf abdruckte.

Am 21. Oktober '92 haben 100 Personen bei der Staatsanwaltschaft Selbstanzeige erstattet. Sie fordern eine gemeinsame Hauptverhandlung für alle, die in der gleichen Sache beschuldigt werden.

Am selben Tag wurde der 2. Aufruf, von 325 weiteren Personen unterzeichnet, im Falter veröffentlicht.

Gerüchten zufolge gibt es bereits Unterschriftenlisten für einen 3. Aufruf. Es sieht so aus, als wollten sich einige hundert Personen nicht von der Justiz abhalten lassen, ihre Meinung zu äußern und gegen Militarismus aufzutreten.

## Die Rechtshilfedisko informiert

Wir wollen versuchen regelmäßig über Prozesse und alles was mit Rechtshilfe zu tun hat zu berichten. z.B. Wer ist jetzt ein politischer oder ein sozialer Gefangener oder nur ein blöder Suffkopf, der wegen irgendwelchen Schwachsinnigkeiten Meier geht.

Wem sollen wir als Rechtshilfedisko unterstützen und wen nicht? Wir haben mit solchen Fragen natürlich auch Probleme, und leider auch untereinander noch kaum darüber geredet. Genug des selbstmitleidigen Schulterklopfens; im nächsten Tatblatt werden wir etwas dazu schreiben. Heute ein "nicht politischer" Prozeßbericht (oder doch politisch oder vielleicht überhaupt und so ...).

(Rechtshilfedisko)

### Prozeß gegen Michael F. und Manfred V. im LG1 am 21.10.92.

Anklage: Raub und Urkundenunterdrückung.

Am 23.7. wurden Michael und Manfred bei der U-Bahn-Station Kettenbrückengasse verhaftet. Augenzeugenbericht des vorgehenden Vorfalles:

Ein zirka 50ig jähriger, scheinbar betrunkener, Mann beschimpft eine Gruppe von Punks es kommt zu einem Handgemenge, an dem Michael und Manfred beteiligt sind. Die Streitenden werden getrennt und der Mann geht. Eine dreiviertel Stunde später erscheint die Polizei und verhaftet Michael und Manfred, die am "Tatort" Anwesenden werden perlustriert aber nicht gefragt. Ein Zeuge, der am Kommissariat eine Aussage machen möchte, wird beschimpft und bedroht. Spätabends gelingt es uns zu erfahren, daß die Anklage auf Raub lautet. Durch "technische Schwierigkeiten" — Akten wandern zwischen verschiedenen Abteilungen hin und her — ist es selbst dem Anwalt erst nach einer Woche möglich die Angeklagten zu sehen. Besuch erst nach 14 Tagen. Dafür ist die Anklageschrift erstaunlich rasch fertiggestellt. Wegen Verdunkelung und Fluchtgefahr U-Haft bis zum Prozeß ("gleiche Schädliche Neigung", verkehren in der "Punkerszene", ...).

Zu diesem sind viele Freunde erschienen, zum Teil sehr nett verkleidet, was den Rahmen sprengt — nur wer einen Sessel hat darf im Saal bleiben (O-Ton Richter: "Jetzt san die bunten draussen und nur die Faden san herinnen!").

Bei beiden Beschuldigten ist es eine zusammengezogene Verhandlung.

Richter Leiningen-Westerburg, sehr bemüht um Szenesprache, versucht festzustellen, wer, wann, wen geschlagen hat, in welchem Zustand die Beteiligten waren und ob es technisch möglich war, den Kläger zu berauben. Auf sein Geständnis am Koat angesprochen, gibt Manfred Angst vor weiteren Mißhandlungen durch die Polizei an.

Michael, dazu befragt, ist auch geschlagen worden.

Zwischendurch wird Michael zu Prozeß Nummer zwei — Beschädigung eines Taxis — vernommen. Der klagende Taxifahrer ist nicht erschienen — deshalb Vertagung. Auch das Opfer des angeblichen Raubüberfalles, Herbert B., ist nicht erschienen.

Laut Akten hat er nichteinmal die gerichtliche Vorladung von der Post abgeholt.

Manfreds zweiter Prozeß berührt mich sehr. Bei der Annäherung an ein auf der Donauinsel verankertes Hausboot wurde sein Freund vom Bootsinhaber erschossen, Manfred mit der Waffe bedroht und der Polizei übergeben. Es scheint sonderbar normal zu sein, sein Hab und Gut mit der Waffe zu verteidigen, Mißgeschicke können schon einmal vorkommen. Und wenn der Erschossene aus dem sog. Drogenmilieu stammt, ist es ein guter Artikel für die Kronenzeitung, aber sonst nicht viel. Der Bootsinhaber wurde auf freiem Fuß angeklagt, Prozeß noch nicht in Aussicht. Manfred weiß nicht so recht wessen er eigentlich beschuldigt wird (versuchter Einbruchsdiebstahl).

Da Herr B. noch immer nicht erschienen ist, zieht sich das Gericht zur Beratung zurück, wobei der Richter eine Enthaltung ins Auge faßt. Die Staatsanwältin protestiert, die Angeklagten sitzen erst seit Juli, bei dem Strafraumen sei das keine Überschreitung.

Nach 15 Minuten Pause wird als einzige Zeugin eine Taxifahrerin befragt. Zufällig am Tatort hat sie auch nur den Schlaagabtausch gesehen. Bei der anschließenden Verlesung des Protokolls von Herbert B. stellt sich heraus, daß auch bei ihm vom Raub nicht die Rede war — er könnte die hundert Schilling Note und die Monatskarte (Urkunde!) auch ausgestreut haben.

Vertagung des Prozesses auf 16.12.92. mit Bitte an die von der Verteidigung genannten Zeugen, sich zur Verfügung zu stellen; Enthaltung auf Gelöbnis. Freudiger Applaus beim Verlassen des Saales. Trotz seiner scherzhaften Einblendungen, fand ich Richter Leiningen-Westerburg kompetent, vielleicht ein bißchen indigniert, weil es diesmal nicht die Lucona war.

### Kurznachrichten:

Christian K. "Ratzi", vor zwei Jahren wegen eines Überfalles auf einen Supermarkt zu fünf Jahren verurteilt, hat sich Ende September im Gefängnis aufgehängt.

Sanjin O. droht wegen einer Übertretung laut Suchtgiftgesetz 12 und unbefugter Inbetriebnahme eines Mopeds die Abschiebung nach Jugoslawien, obwohl er seit seiner Geburt in Österreich lebt.

Besucht die Rechtshilfedisko jeden Donnerstag ab 20. Uhr im EKH. (Ernst Kirchweger Haus; Wien 10, Wielandgasse 2-4)

# Polizisten lügen nicht.

Sie werden nicht unvermittelt zu Gewalttätern — nicht nach Dienstschluß (und schon gar nicht davor). Peter Hais bezahlte das mit seinem Leben.



Peter Hais war nicht zu retten

- Cobra-Mann in Zivil wehrte sich gegen Angriff nach Streit
- Verteidigung gegen Mann mit Kette war „Reflex“



Hier kam es zur Attacke und Unglück durch den Schulterwurf Bilder: Wölfe

## 18jähriger Stänkerer starb nach Körperwurf

... vor der Eröffnung der neuen Gendarmerie-Einsatz... Accessoires bewaffnet, Geschockt...  
 ... in Wiener Neustadt gab es Montag fr... sich überlegen...  
 ... stöß zwischen Ge... daß sie es mit...

(TATblatt Wien)

Montag, der 26. Oktober, 22 Uhr: In der ZIB 2 wird das neue Ausbildungslager der "Anti-Terroreinheit Cobra" in Wiener Neustadt vorgestellt. Hallenbad, Sportplatz, Kulissen für Anti-Terrortrockentraining. Gestählte Körper erklimmen Häuserwände, stürmen "Terrornester". Nur die besten Freiwilligen werden auserwählt.

Montag, der 26. Oktober, etwas später: In den Nachrichten zum Sendeschluß die erste Meldung über einen Vorfall in der Fußgängerzone Wr. Neustadts. Ein "Rocker" — mit einer "Eisenkette" bewaffnet — hatte einen Cobra-Beamten in Zivil angegriffen. In Notwehr hatte sich dieser mit einem Schulterwurf verteidigt. Der Rocker erlag seinen Verletzungen.

### Eine amtliche ...

Auch am Dienstag, dem 27. Oktober ist die Welt noch in Ordnung. "Rocker bezahlte Rauflust mit dem Leben", frohlockt ein Kleinformat auf der Titelseite, und auch die zweitgrößte Zeitung Österreichs weiß noch von einem "Stänkerer" und von "randalierenden Jugendlichen" in der Wr. Neustädter Herrengasse zu berichten.

Während zwei "Cobra-Männer" nur "bummelten" hätten sich "Peter Hais, zwei seiner Freunde und mehrere Mädchen" damit "unterhalten, Passanten anzustänkern". Nach einem Wortgefecht "liefen

(sie) den Gendarmen in Zivil nach. Mit Fahrradketten und ähnlichen Accessoires bewaffnet, wähten sie sich überlegen". Mit der Kette in der Hand hätte sich der achtzehnjährige Peter Hais auf den "kräftigen, durchtrainierten" Beamten "gestürzt", diesem sogar die Jacke über den Kopf gezogen. Doch der hätte reagiert wie's ihm beigebracht wurde. In Notwehr wohlgermerkt, und "fast automatisch". Der schwächliche Hais blieb reglos auf dem Pflaster liegen. ... Er hatte beim Aufprall auf die Straße tödliche innere Verletzungen erlitten." Doch konnte es keinen falschen getroffen haben: "Der Bursche gilt in Wr. Neustadt als 'amtsbekannt'", zitiert der Kurier, und dann war doch auch einer seiner Begleiter angezeigt worden. Damit waren alle Beweise erbracht.

### ... und eine andere Wahrheit.

Doch treten bald ZeugInnen auf, und mit deren Unabhängigkeit ändert sich auch die Sicht der Dinge. "Rowdy" sei er keineswegs gewesen, behaupten Angehörige und Freunde. Mit der Polizei hatte der angeblich amtsbekannte Peter Hais gerade einmal zu tun. Als Zeuge.

Und am Mittwoch, den 28. 10., steht fest, daß der Elektrikerlehrling keineswegs bewaffnet war, mit einer Fahrradkette schon

gar nicht. Noch waren er und seine FreundInnen auf die Beamten losgegangen. Zwar bleibt unklar was der Stein des Anstoßes war, doch waren Peter Hais und der ihm körperlich weit überlegene Beamte im entscheidenden Moment sogar allein. Peters Begleiter war zurückgeblieben um sich von seiner Freundin zu verabschieden. Eine Zeugin gibt an, der Cobra-Beamte hätte Peter Hais einen Schlag gegen die Brust versetzt und dann den auf dem Boden liegenden mit den Füßen traktiert. Der Kurier sieht das nun als Erklärung für die inneren Blutungen, die als Todesursache vermutet werden. Die zuvor so auskunftsbereite Sicherheitsdirektion will plötzlich keine Angaben mehr machen.

Am Samstag, den 31. 10., wird das Ergebnis des Obduktionsberichtes bekannt. Der Achtzehnjährige — nun kein "Rocker" mehr, auch kein "Stänkerer" — war im bewußtlosem Zustand an Erbrochenem erstickt.

"Keine andere am Körper des Burschen entdeckte Verletzung war wirklich lebensgefährlich" (!).

"Ein Schädeltrauma infolge stumpfer Gewalt" war Ursache der Bewußtlosigkeit. "Viele Blutunterlaufungen und Abschürfungen" fanden sich an Peters Körper.

Der Cobra-Beamte handelte in Notwehr.

Peter Hais ist tot.

# Novemberpogrom 1938

## Demos gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus

(TATblatt-Wien)

### Wien

Dem Aufruf von verschiedenen Autonomen- und Antifa-Gruppen folgten in Wien etwa 800 Personen. Die Route führte durch den 2. Bezirk vorbei an verschiedenen Orten des Novemberpogroms 1938. Bei den verschiedenen Zwischenkundgebungen wurden die damaligen Verfolgungen und der heutige Rassismus thematisiert.

Die von Beginn an gute Stimmung hebte sich im Laufe der Demonstration. Mehrere ausländische PassantInnen bezeugten lautstark ihre Sympathie, winkten aus den Fenstern, einige schlossen sich gar der Demonstration an. Das überraschend kleine Polizeiaufgebot in der unmittelbaren Demonstrationsumgebung war wohl mit ein Grund dafür, daß diese Demonstration die netteste und lauteste seit Jahren (ist das nicht ein bißchen übertrieben, hey? Anm. d. Lehauters) wurde.

Zu Beginn, beim Treffpunkt Praterstern, wurden zwei (höchstwahrscheinlich) Faschisten gesichtet, die den ganzen Demozug mit einer Videokamera filmten. Die Auswertung wird ihnen zwar nicht viel bringen, da ein großer Teil der TeilnehmerInnen verummmt war, in Zukunft sollten sie aber nicht mehr so ungestört ihrer Arbeit nachgehen können.

### Braunau am Inn (OÖ)

Zu einer "Friedensdemonstration gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus" kamen 1000 Personen. Aufgerufen hatten Amnesty International, Aktion Kritischer SchülerInnen (und dazugehörige SchülerInnenantifa), Österreichische Gewerkschaftsjugend, Katholische Jugend, Sozialistische LehrerInnen sowie ein ominöses "Demokratisches Corps". Autonome Antifas nahmen in einem eigenen Block an der Demo teil. Nach ORF-Meldungen versuchten an die 60 (zum Teil verummmt) Faschisten die Demonstration anzugreifen, wurden aber von der Polizei daran gehindert.



### Ein Redebeitrag zur Anti-Rassismusedemo in Wien: Aktuelle Lage der AsylwerberInnen

Seit Beginn des Bundesheergrenzeinsatzes ist die Zahl der Asylanträge um die Hälfte zurückgegangen. Es sind (uns) keine Flüchtlinge bekannt, die vor ihrem Asylan-

trag Kontakt mit Österreichischen Behörden gehabt haben, sei es Bundesheer oder Grenzbehörden. Flüchtlinge, die an der Grenze aufgegriffen werden, werden entweder direkt nach Ungarn zurückgeschoben oder aber in Schubhaft genommen. Von der Schubhaft aus werden sie ins Bundesasylamt gefahren, wo sie ihren "Asylantrag" stellen. Nach dem negativen Bescheid im Mandatsverfahren werden sie zurück in Schubhaft gebracht.

Nach dem neuen Asylgesetz "kann" dem ordentlichen Asylverfahren das "Mandatsverfahren" vorgeschoben sein. In diesem wird entschieden, ob der Antrag "offensichtlich begründet" oder "offensichtlich unbegründet" ist. "Offensichtlich unbegründet" sind Anträge, wenn der/die AsylwerberIn

- die Identität dem Bundesasylamt nicht ausreichend glaubhaft machen kann,

- aus einem Land kommt, von dem behauptet wird, das es sicher sei,

- den Antrag mit einer wirtschaftlichen Notlage begründen,
- über ein "sicheres Drittland" eingereist ist. (alle an Österreich grenzenden Länder gelten bei den Behörden als sicher, obwohl z.B. Ungarn die Genfer Konvention bezüglich außereuropäischen Flüchtlingen - incl. Türkischen - nicht unterzeichnet hat.)



Der von den Nazis am 9. November 1938 durchgeführte Pogrom stellte einen weiteren Höhepunkt bei der Diskriminierung und Verfolgung von Juden und Jüdinnen im sogenannten Dritten Reich dar. Schritt für Schritt war die Ausgrenzung und schließlich die Verfolgung und Vernichtung vorbereitet worden. Gesetze und Aktionen auf der Straße gingen dabei Hand in Hand.

(Antifaschistisches Info Nr. 20/92)

Die systematisch betriebene Verfolgung und Vernichtung von Juden und Jüdinnen gipfelte in den Entscheidungen der »Wannsee-Konferenz«, auf der am 20. Jänner 1942 führende Nazi-Funktionäre die »Endlösung der Judenfrage« in Europa beschlossen. Schon bestehende Konzentrationslager wurden erweitert und technisch zu Massenvernichtungslagern umgerüstet, neue Lager errichtet. Die größten Vernichtungslager lagen in Polen: in Majdanek, Auschwitz, Sobibor, Belzec, Treblinka.... Insgesamt wurden bis Kriegsende über 6 Millionen Juden und Jüdinnen ermordet.

## Die Rolle der Industrie

Das deutsche Kapital, das Hitler an die Macht gebracht hatte, profitierte von der »Arisierung«, dem Raub von jüdischem Kapital, an dem riesigen Konzentrationsprozeß des Kapitals und an der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen, in der Rüstungs und Chemie-Industrie. Es waren Firmen wie Degussa und IG Farben, die an der Lieferung des Massenvernichtungsmittels Zyklon B verdienten. Die Haupt-Profiteure von Faschismus und Krieg hießen Daimler, Siemens, Dresdner und Deutsche Bank, IG-Farben (heute BASF, Bayer und Hoechst), Krupp oder Thyssen. Obwohl ihre Rolle nach Kriegsende im Nürnberger Prozeß aufgedeckt wurde, wurden sie nicht zur Rechenschaft gezogen. Darüber schweigen sich deutsche Politiker heute gerne aus.

## Das Jahr 1938

Die Hintergründe des November-Pogroms lassen sich nur richtig darstellen, wenn die Zusammenhänge zu einigen wichtigen Ereignissen des selben Jahres berücksichtigt werden: Das Jahr 1938 brachte die Nazis in ihren Kriegsvorbereitungen um einige entscheidende Schritte weiter. Die bürgerlichen Regierungen Frankreichs und Großbritanniens setzten der faschistischen Expansion keine ernsthafte Gegenwehr entgegen. Im spanischen Bürgerkrieg, der seit zwei Jahren lief, gelang den faschistischen Truppen mit massiver Unterstützung deutscher und italienischer Truppen und Kriegstechnik ein entscheidender Durchbruch. Im März 1938 besetzte die deutsche Wehrmacht Österreich, das dem Nazi-Reich einverleibt wurde. Die bürgerlichen Demokratien dul-

deten es auch, als Hitler-Deutschland seine dreisten Gebietsansprüche gegenüber der Tschechoslowakei durchsetzte und am 1. Oktober 1938 das Sudetenland besetzte.

mandsland ihrem Schicksal überlassen wurden. Unter den Deportierten befand sich die Familie des nach Paris emigrierten Herschel Grynszpan. Dieser ging darauf in die deutsche Botschaft in Paris und schoß in blinder Wut den Botschaftsangehörigen von Rath nieder. Ob Grynszpan aus eigenem Antrieb oder im Auftrag des deutschen Geheimdienstes gehandelt hatte, bleibt umstritten. Fest steht, daß es auch nach der Auslieferung an Deutschland nie zu einem Prozeß gegen ihn kam und seine Spur sich Dunkeln verliert. Auf jeden Fall diente diese Tat den Nazis, ihren Pogrom

# Pogrom 1938

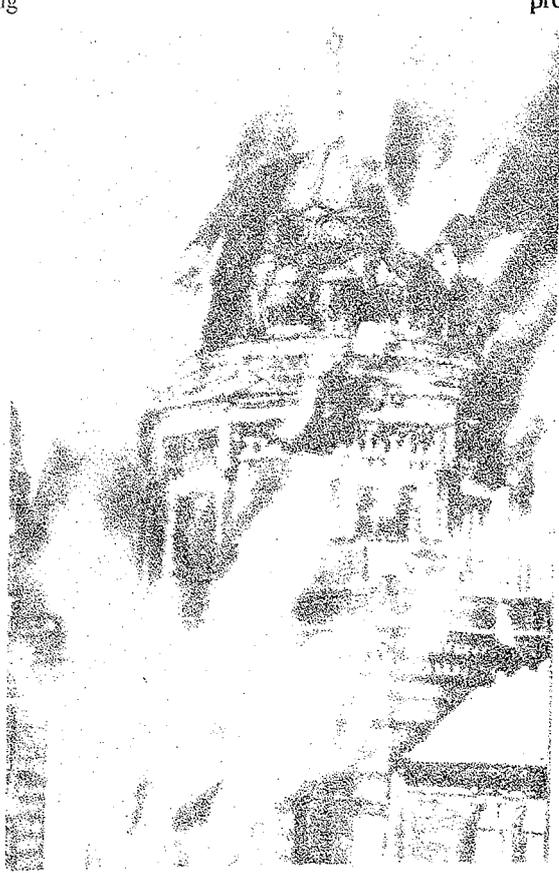
## Kein Vergeben, Kein Vergessen!

Ende September hatten Hitler, Mussolini und ihre britischen und französischen Amtskollegen Chamberlain und Daladier ein Abkommen getroffen, in dem die »Neuordnung« Europas beschlossen wurde. Hier war das Schicksal der Tschechoslowakei, von Spanien und letztendlich Europas verhandelt worden. Die Nazis hatten für die Zusage im Westen Frieden zu halten,

zu rechtfertigen.

## Der 9. November 1938

Der 9. November war geplant und vorbereitet. Was den Nazis gefehlt hatte war der passende Anlaß. Bevor im ganzen Deutschen Reich die Synagogen brannten, probte kurz vorher die SA in dem kleinen fränkischen Städtchen Leutershausen den Pogrom. Dort warf die SA am 15. Oktober 1938 (also noch vor dem Attentat) die Scheiben der Häuser jüdischer BewohnerInnen ein. Und am 17. und 18. Oktober stürmte die SA die Häuser, die Synagoge wurde geplündert und in Brand gesteckt. Eine Rede von Goebbels, die er 1938 anläßlich einer Gedenkveranstaltung an den Hitlerputsch von 1923 hielt, gibt weiteren Aufschluß über das planmäßige Vorgehen der Nazis: »Die Haltung Chamberlains und Daladiers in München, der Empfang, der ihnen nach der Rückkehr bereitet wurde, ließen es als gewiß erscheinen, daß eine Ausnutzung des Attentats zur Verschärfung der Judenpolitik die außenpolitische Situation vielleicht kurzfristig stören, jedoch kaum nachhaltig verändern würde. Also konnte gehandelt werden.« Als der deutsche Botschaftsangehörige schließlich an den Folgen des Attentats starb, gab die NSDAP-Führung das Signal für den Pogrom: Im ganzen deutschen Reich wurden Menschen jüdischer Abstammung mißhandelt, ermordet, verhaftet und in Lager verschleppt. Eine Vielzahl von Synagogen wurden in Brand gesteckt, Geschäfte geplündert und verwüstet. Und dies alles geschah, während die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung dazu schwieg oder sich an den Mißhandlungen und Plünderungen beteiligte. Nach damaligen offiziellen Zahlen wurden 91 Juden ermordet und rund



freie Hand nach Osten bekommen. Nur kurz darauf wurden mehr als 15.000 in Deutschland lebende polnische Juden und Jüdinnen Richtung Osten zwangsdeportiert. Die reaktionäre polnische Regierung weigerte sich diese Menschen aufzunehmen, die zwischen den Grenzen im Nie-

30.000 Menschen in Konzentrationslager verschleppt und mißhandelt. Außerdem wurden den Juden und Jüdinnen eine »Bußgeldzahlung« in Milliardenhöhe abgezwungen. Gegen keinen der Mörder wurde ein ordentliches Gerichtsverfahren durchgeführt.

## Kriegsvorbereitung

Die Nazi-Propaganda versuchte unablässig die eigenen Kriegsvorbereitungen

und Expansionsgelüste hinter der Lüge zu verstecken, das deutsche Volk sei von innen und von außen bedroht. Zu den Hauptfeinden wurden »Weltjudentum« und Bolschewismus erklärt. Das Zusammenspiel von antisemitischer Aufstachelung und Verfolgung mit der gleichzeitig betriebenen Kriegsvorbereitung ist nicht zu übersehen. Eine Rede Hitlers, die er am 10. November 1938, einen Tag nach dem Pogrom, vor »Schriftleitern« der »Deutschen Presse« hielt, macht den Zusammenhang deutlich: *»Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch ein wenig umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: Wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß es eben mit Gewalt abgestellt werden; so aber kann es auf keinen Fall weitergehen. Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt, verstärkt. Viele haben es nicht begriffen, meine Herren; viele waren der Meinung, das sei doch alles etwas übertrieben. Das sind jene überzüchteten Intellektuellen, die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letztendlich zu der Bereitschaft bringt, geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt.«*

aus dem Standard vom Samstag, 7.11.92:

## Roms Juden wehren sich

Rom/Wien — In Rom ist es Donnerstag abend zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremen und jüdischen Jugendlichen gekommen. Mindestens vierzig — Augenzeugen sprechen von über hundert — Juden suchten den Sitz der neonazistischen „Westlichen Politischen Bewegung“ auf, nach ihren Aussagen, um in der Umgebung des Gebäudes die antisemitischen Parolen zu überstreichen.

Laut Behauptung der Neonazis hätten die Juden von Anfang an vorgehabt, mit Stöcken und Ketten bewaffnet das Büro der Rechtsextremen zu stürmen. Dort befanden sich zu diesem Zeitpunkt nur wenige Mitglieder der „Bewegung“, die sich als „antizionistisch“ bezeichnet.

In Italien häufen sich in letzter Zeit die antisemitischen Schmierereien und die Angriffe auf jüdische Einrichtungen an. (gaba)

## ANTIFASCHISTISCHER TASCHENKALENDER



Hrsg. v. verschiedenen Gruppen aus der BRD und den NL

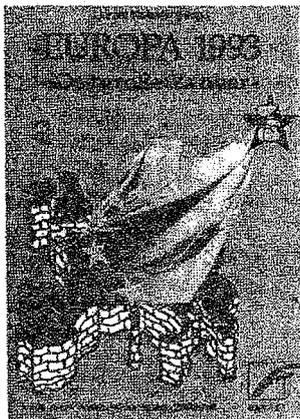
ISBN 3-928300-10-5

im praktischen Hosentaschenformat...

für 10 DM

**Viel Inhalt:** • Geschichte wird gemacht • Neue Rechte • Klassenkampf statt Multikulti • Edelweißpiraten • Infos aus NL und NOR • Mujeres Libres - Freie Frauen gegen Francofaschismus

**Viel Service:** • Adressen aus ganz Europa • Lexikon faschistischer Organisationen • Rechtshilfetips • viel Platz zum Schreiben ...



### Aus dem Inhalt:

• Geschichte des europäischen Vereinigungsprozesses • Europa des Kapitals • Festung Europa: Flüchtlinge, Asylpolitik, Schengen ... • Bevölkerungspolitik: „Weiß und Angepaßt“ • Imperiales Europa • Spanien 1992 • WWG in München • Literatur, Zeitschriften und Adressen zum Thema ... etc.

146 Seiten, Broschur, DM 14,80

ISBN 3 - 928300 - 08 - 3

Macht Sammelbestellungen und Wiederverkauf!

ab 10 Exemplare 30% Rabatt



UNRAST, Querstr.2, 4400 Münster

## Einen Kernstockplatz gibts nicht mehr!

(Thom/Alfons H.)

Vor kurzen beschloß der Gemeinderat den Kernstockplatz in Wien 16 in Familienplatz umzubenennen.

Doch nicht alle sind mit der Umbenennung des Platzes, der nach dem deutschnationalen "Kriegshetzer und Faschisten" benannt war einverstanden. So tauchte bei einigen AnwohnerInnen ein älterer Herr mit einer Unterschriftenliste gegen die Umbenennung auf. Als er auf einige AnwohnerInnen stieß, die für die Umbenennung sind, und ihm etwas über die "braune" Vergangenheit Kernstocks erzählten haute er rasch wieder ab, nicht ohne eine Ausgabe der FPÖ-Zeitung "Wiener Freie Zeitung" dazulassen. In dieser Zeitung erklärt der Ottakringer FPÖ Gemeinderat GERT WOLFRAM warum Kernstock kein "Vorbereiter des Nationalsozialismus" war, denn Kernstock "verstarb bereits 1928".

Dazu fällt mir (dem Tipper) folgende

Geschichte die wohl auch in der Schule so gelehrt wurde/wird ein: 1938 landeten plötzlich braunen Außerirdische in Österreich und verschwanden 1945 wieder spurlos. Weiters bin ich schon sehr verwundert, daß gerade ein FPÖ-Politiker so wenig über den Nationalsozialismus bzw. dessen Entstehen weiß.

Vielleicht sollte er (der Herr Wolfram) doch die Kurse des Herrn "Umwolkers" Mölzer und dessen Freiheitlichen Bildungswerkes besuchen um etwas mehr über die Politik der FPÖ zu erfahren. Das soll jetzt auf gar keinen Fall heißen die FPÖ betreibt nationalsozialistische Politik (denn sie betreibt ja eine deutschnationale, rassistische.)

Wer sich näher über Kernstock seitens der FPÖ informieren lassen will, kann sich sicher gerne an die FPÖ/Landesgruppe Wien, Bartensteingasse 14, 1010 Wien wenden.

# land

## Offenes Haus Oberwart (OHO)

13.11.19h Film & Diskussion: **Wahrheit macht frei**, Dr. Eva Kreisky (FU Berlin), Dr. Brigitta Bailer-Galanda (Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes), ein Film über das weltweite Neonazi-Netzwerk.

21.11. 20h 1. **Burgenländischer Schülerband Wettbewerb**;

# Wien

## Mittwoch, 11.11.:

11h11 ???, Literaturhaus Zieglergasse 26A: Frauenbewegung und Schreiben, 20 Jahre nach Gründung der AUF.

## Donnerstag, 12.11.:

18.30, Gemeindezentrum der israelitischen Kultusgemeinde Wien (Seitenstettengasse 4, 1010 Wien): Buchpräsentation **Jüdische Schicksale — Berichte von Verfolgten** mit Vorträgen und Lesung

20.30, HOSI-Zentrum (Novaragasse 40, 1020 Wien): **Longtime Companion**. AIDS-Spielfilm, in dem auf einfühlsame und humorvolle Weise geschildert wird, wie eine Gruppe schwuler Männer über einen Zeitraum von neun Jahren lernt, mit AIDS zu leben. Veranstaltung im Rahmen des AIDS-Infomonats der HOSI Wien

9h00, VHS Favoriten: "Ich bin wie ich bin", Elisabeth Holzer, Diese Gesprächsgruppe für Frauen soll eine Möglichkeit bieten, eigene Stärken und Schwächen zu erkennen. (Auch 18.11.)

18.00, "Kapital"-Arbeitskreis, Dr. Norbert Willenpart (auch 20.11.)

Samstag im Monat rauchre Disco ab 21.00, jeden 4. Samstag im Monat 21 - 01.00 (keine Diskussion)

Chuzpe: 1090, Marktg. 21-23

jeden Dienstag: Veranstaltung "Die Psychiatrie den Psychiatern - allein."

18.00, Frau sein, wie es mir gefällt, Mag. Andrea Weghaupt, ein Wochenende für Frauen, die Lust verspüren, sich gemeinsam mit anderen der verschiedenen Facetten des Frauseins bewußt zu werden und in Kontakt zu kommen. Termine: Fr.13.11. 18-20 Uhr, Sa.14.11. 9-12 u, 14-17 Uhr, So.15.11. 10-12 Uhr

## Freitag, 13.11.:

13.11. bis 15.11., Austria Center, Internationales Symposium "Test the West" Geschlechterdemokratie und Gewalt

20.00, TU-Porrhaus (Treitlstraße 3, 1040 Wien, beim Karlsplatz): Film **When the mountains tremble — Wenn die Berge erzittern**. Guatemala 1985. Geschichtlicher Rückblick bis 1945. Der Film zeigt den Einfluß von ausländischem Kapital in Lateinamerika. Die Situation der Landlosen, Armen, meist Indianer wird beschrieben. Die Macht der Armee wird mittels Folter durchgesetzt. Veranstaltung im Rahmen der Filmreihe "500 Jahre Kolonialismus, 500 Jahre soziales Elend und Ökokollaps sind genug"

## Samstag, 14.11.:

Arena: BOO YAA Tribe, Rap

EKH: Ausstellung **Faschismus in der Kirche** bis 22.11. tägl. ab 16 Uhr

## Sonntag, 15.11.:

15.00 Uhr, **Fest gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus** im Kongresshaus Wien

Montag: Positiv-Telefon 14-17.00: 403 33 74, 408 67 49

jeden Freitag von 19-22.00 ist Club-Treffen (1080, Lenaug. 17, durch den Hof, 1. Stock, bei AIDS Hilfe anläuten)

Piraten Radio 103,3 FM: jeden Freitag 20h, RADIO DURUTTI

## Montag, 16.11.:

VHS Favoriten 19.00 - 21.00, Reihe Muslime in Europa: **Die arabische Kulturrevolution in Stadt und Land**

## Dienstag, 17.11.:

9.00, VHS-Favoriten, **Frauen und Gesundheit**, Mag. B. Dorau "Die Sprache als Ausdruck meiner Person", Einführung in die Rhetorik für Frauen 2.Teil

20.30 HOSI-Zentrum (Novaragasse 40, 1020 Wien): **Leben bis zuletzt**. Impulsreferat von Schwester Anjès Glaser-Hekman vom St. Raphael-Hospiz in Wien. In diesem ersten österreichischen Hospiz soll auch AIDS-Kranken ein Sterben in Würde ermöglicht werden. Sr. Anjès ist Stationsschwester und Pflegedienstleiterin des St. Raphael-Hospiz. Veranstaltung im Rahmen des AIDS-Infomonats der HOSI Wien

## Mittwoch, 18.11.:

10.00 - 18.00, Institut für Wissenschaft und Kunst, **Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein** mit Anita Kalpaka (Inst. f. Migrations u. Rassismusforschung in Hamburg) Seminar:300,-

19.00, VHS Favoriten, **Ökologie - Einführung** in das Wirkungsgefüge unserer Lebensräume, Manfred Hotwanger

19.30, VHS Favoriten, **Arbeitskreis für AusländerInnen**, Marion Scheiner

AB 18.11. bis 22. 11. Symposium der Inter-

20.30 HOSI-Zentrum (Novaragasse 40, 1020 Wien): **Safer Sex-Video für Schwule**. (Gay Man's Guide to Safer Sex). Veranstaltung im Rahmen des AIDS-Infomonats der HOSI Wien

## Montag, 23.11.:

20.00 HOSI-Zentrum (Novaragasse 40, 1020 Wien): Podiumsdiskussion **Risiko-Gruppe PolitikerInnen — Zusammenhänge zwischen Schwulen und Lesbenunterdrückung und AIDS-Ausbreitung**. Am Podium: Dr. Martin Dannecker, Sexualwissenschaftler; Elisabeth Hlavac, Abgeordnete und Justizsprecherin der SPÖ; Andreas Laun, Ordenspriester und Professor für Moraltheologie; Wolfgang Haupt, Pressesprecher der Umweltministerin für Umwelt, Jugend und Familie Ruth Feidgrill-Zankel; Wolfgang Dür, Mitarbeiter an der Studie **Schwule und AIDS**; einE VertreterIn der ÖVP; Kurt Krickler, HOSI-Wien; Dieter Schmutzer, Diskussionsleitung. Veranstaltung im Rahmen des AIDS-Infomonats der HOSI Wien

## Dienstag, 24.11.:

20.30 HOSI-Zentrum (Novaragasse 40, 1020 Wien): **Martin Dannecker stellt seine AIDS-Studie vor**. Präsentation seines Buches **Der homosexuelle Mann im Zeichen von AIDS**, anschließend Diskussion. Dr. Martin Dannecker ist Mitarbeiter der Abteilung für Sexualwissenschaft der Universität Frankfurt am Main. Veranstaltung im Rahmen des AIDS-Infomonats der HOSI Wien

## Mittwoch, 25.11.:

20.30 HOSI-Zentrum (Novaragasse 40, 1020 Wien): **Safer Sex-Video für Lesben: Du darfst — ein Film über Lesben, HIV und Moral**. Produziert von SAFE (Sapphos allelotische Filmmedition), BRD 1991. Anschließend Diskussion. **Nur für Frauen!** Veranstaltung im Rahmen des AIDS-Infomonats der HOSI Wien

# TATblat

## T E R M I N E

ÖÖ

**Linz, Schlossmuseum:** Ausstellung **Leben mit dem Regenwald**, 13.10.92-14.3.93, Entwicklung und Umwelt: Gesamtösterreichische Entwicklungskonferenz 20.-21.11. Kaufmännisches Vereinshaus Linz; **14.11., 18.00 Neuer Rathaussaal Fest gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus**

Kulturverein Kanal, 4311 Schwertberg, Josefstal 21  
14.11. Klammer & Gründler Duo (a) 20h30!  
21.11. DJ Megasaft Nomadisc  
27.11. Radio Durutti Concert: 99 POSSE, PAPA RICKY – Raggamuffin aus Italien 21h;

**Schlechthof**, 4600 Wels, Dragonerstraße 22  
18. + 19. + 20.11. Just a Jump (wiku rg) 20h  
28.11. Fritz Pauer Trio (muwe) 20h

**Burden-**

### gleichbleibende Termine

ÖÖ

**Aidshilfe**, Langg. 12, 4020 Linz: Öffnungszeiten: Montag 15-18.00, Mittwoch 17-20.00, Donnerstag 10-13.00, Freitag 12-15.00; Tel.: 07 32/21 70.

**Homosexuelle Initiative Linz** (Postfach 43, 4013 Linz), **Rosa Telefon:** 07 32/78 20 51 jeden Montag 20-22.00 (sonst Tonbanddienst)

### Wien

Das **Frauzentrum-Beisl** 1090 Währinger Str. 59/6, Ecke Prechtlgasse, ist zu folgenden Zeiten geöffnet, Mittwoch und Freitag von 19 - 24.00, am 1. Samstag im Monat gibt es ab 21.00 Disco, jeden 2.

**RAF (Radfahren am Freitag)**  
jeden Freitag ab 16.00, Treffpunkt: Radhausplatz

**Ernst-Kirchwegger-Haus** (1100, Wielandg. 2-4):  
jeden Donnerstag ab 20.00: Rechtshilfe-discos  
jeden Freitag ab 16.00: Antifa-Cafe  
jeden Samstag ab 17.00: Info- und Spiele-cafe und Volkküche  
jeden Sonntag ab 17.00: Info-Cafe und Volkküche

**AIDS-Hilfe Wien:**  
Beratungsstelle: Wickenburgg. 14, 1080; Öffnungszeiten: Di 16-20.00, Do 10-14.00, Fr 14-18.00; Telefonische Beratung: Mo und Mi 10-14.00  
**Positive Line** (Positive beraten Positive): Mo 15-19.00; Tel.: 408 61 86, 408 61 87  
**Safer Sex Hotline:** 408 61 86, Mi und Fr 18-20.00

**Menschen und AIDS - Club Plus (+)**  
Selbsthilfegruppe Wien

nationalen Erich Fried Gesellschaft. Hier nur ein paar Beispiele:  
19. 11.: 16h30, Literaturhaus, 1070, Seideng. 13: "Deutsch ist meine neue Zunge", Kinder nichtdeutscher Muttersprache zitieren aus dem "Lexikon der Falschheiten"

19. 11., 19h30, Altes Rathaus, 1010, Wipplingerstr. 8.: "Heutiger Zustand des bürgerlichen Heldenlebens", Vortrag Hans Mayer, Einführung Walter Jens  
18.00, VHS Favoriten, **Frauenleben in Wien von der Jahrhundertwende bis in die 50er-Jahre**, Mag. Maria Berghammer  
19.00, VHS Favoriten, **Frau sein heute**, Christiana Weiser  
20.11., 18h00, Altes Rathaus: "Wir und die Kunst der psychisch Kranken", Diskussion und Lesung  
21. 11., 15h00, Literaturhaus: "Wir und die Juden", 2 Vorträge von Josef Haslinger, "Jüdisches Wien", und Hans Haider, "Unsere jüdischen Schriftsteller und die österreichische Gesellschaft für Literatur", Einführung: Wendelin Schmidt-Dengler  
Auskunft und Programm bei der Internat. E. Fried Gesellschaft, Wasag. 12/1/3, 1090 Wien, Tel.: 310 51 91

**Donnerstag, 19.11.:**

# Balkankriegsflüchtlinge in Österreich: Privilegierte AusländerInnen?

Der Umgang mit Deserteuren und Kriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien ändert sich ständig: Einerseits aufgrund der Außenpolitik Österreichs, die die aus dem Krieg hervorgehenden Staaten und deren Bürger völlig ungleich behandelt, andererseits aufgrund der restriktiven, improvisierten und für die Betroffenen prekären AusländerInnenpolitik Österreichs.

(ARGE Wehrdienstverweigerung)

## Über das ins Land gelangen

Kroatische und slowenische StaatsbürgerInnen kommen ohne Visum, also auch ohne Probleme über die österreichische Grenze. Für alle anderen Leute aus dem ehemaligen Jugoslawien (SerbInnen, UngarInnen, AlbanerInnen, BosnierInnen, MakedonierInnen,...) herrscht seit Anfang September Visumpflicht. Nur sogenannten Kriegsflüchtlingen wird die Einreise nach Österreich nicht verwehrt. Kriegsflüchtlinge sind all jene, denen es an der Grenze gelingt, glaubhaft nachzuweisen (am besten durch Zeitungsberichte oder andere Dokumentationsmittel), daß sie aus einer Kriegsregion stammen (z.B. die Angabe, man komme aus Bosnien-Herzegowina, reicht sicher nicht) und, daß sie noch keinen sicheren Fluchtort (z.B. in Kroatien) gefunden hätten. Der Erfolg der Grenzschließung war ganz überwältigend, wußte der Innenminister zu berichten. Seit Anfang September wagen auch kaum mehr Kriegsflüchtlinge, die unsichere Reise bis an die österreichische Grenze, wo sie unter Umständen wieder abgewiesen werden könnten.

Ein aktuelles Beispiel für die Praxis österreichischer Behörden liegt gerade vor. Alija H. aus Bosnien-Herzegowina versuchte bei der Botschaft in Budapest ein Visum nach Österreich zu erwerben. Er kommt aus Tuzla, einer eindeutigen Kriegsregion. Am 26. Oktober, dem österreichischen Nationalfeiertag erhielt er die Abweisung seines Begehrens nach einem Visum. Er hat nur einen jugoslawischen Paß, wie fast alle Bosnier. So war nicht der Herkunftsort das Kriterium, ob Alija Kriegsflüchtling ist oder nicht, sondern der Paß.

Außerdem herrscht auch bereits in Kroatien Visumpflicht, was die meisten Flüchtlinge aus den Kriegsregionen sowieso am Weiterkommen hindert.

Der illegale Grenzübertritt nach Österreich kommt für die große Masse der Kriegsflüchtlinge nicht in Frage. Daher sollte in Österreich verstärkt Solidarität für eine Reisefreiheit für AsylwerberInnen, Verfolgte und Kriegs Betroffene aufgebaut werden. Grenzüberschreitende Kooperationen und Netzwerke sind hierfür gefragt. Mit

Deserteursberatungen in Belgrad, Budapest, Wien, Frankfurt, Berlin, London und Amsterdam ist auf diesem Gebiet ein Ansatz entwickelt worden. Kriegsdienstverweigerer müssen die Möglichkeit haben, sich staatlicher und militärischer Verfolgung, die mit dem Tod enden kann, zu entziehen. Wenn die große Politik dies nicht leisten



will, so muß auf gesellschaftlicher Ebene Ersatz hierfür geschaffen werden. Das wird auch den Druck, die Grenze wenigstens für Verfolgte wieder aufzumachen, erhöhen.

## Über Bleiberechte im ehemaligen Flüchtlingsland Österreich

Inzwischen muß man allen neu ankommenden Deserteuren und Kriegsflüchtlingen aus existentiellen Gründen anraten, einen Asylantrag zu stellen. Die Kriegsflüchtlingshilfe ist mit der Grenzschließung prak-

tisch nicht mehr auffindbar; aber dazu später.

Wenn jemand im Rahmen der Wochenfrist einen Asylantrag stellt, und durch ein anderes Land (z.B. Ungarn, Kroatien u.ä.) direkt ohne Aufenthalt durchgereist ist, wenn er weiters Bedürftigkeit anmeldet (weder Geld noch Wohnung hat) so bekommt er normalerweise einen Bundesbetreuungsort zugewiesen. Das bedeutet für die Dauer des Asylverfahrens einen relativ gesicherten Status (Visum, Unterkunft und Verpflegung, Krankenversicherung...).

Asylantrag, Berufung und Verfahrensfragen klärt man sinnvollerweise in entsprechender Beratung mit Informationseinrichtungen hierfür.

Der zweite häufig erworbene Status, war der des "de facto-Flüchtlings". Dieser wurde von den Kriegsflüchtlingshilfestellen zuerkannt, die den Betroffenen soweit sie privat, bei Verwandten oder FreundInnen un-

tergebracht werden konnten, ein Visum und Krankenversicherung einräumen, und den Unterkunftgebern eine Unterstützung in der Höhe von 1.500.— zukommen ließen. Wenn keine Unterkunftsmöglichkeit bestand wurde über die zuständige Stelle (in Wien die Caritas) eine Unterkunft vermittelt.

Mit der Grenzschließung Anfang September hat die Wiener Kriegsflüchtlingshilfe ihre Zelte im Amtshaus in der Lerchenfelderstraße abgebrochen und ist an einen Ort ohne Adresse in der Erdbergerstraße übersiedelt (ein Bau-Container gegenüber "Zgonc" bei der Erdberger Remise). Es ist für AusländerInnen geradezu unmöglich diese Stelle zu finden. Es haben sich seit

Anfang September keine neuen Kriegsflüchtlinge mehr dorthin verirrt. Auch die bereits eingeschriebene KlientInnenzahl ist deutlich geschrumpft.

Die Erfahrung mit der Kroatienhilfe lehrt uns, daß diese Kriegsflüchtlingshilfe handstreichartig, durch einen Beamtenbeschluß beendet werden kann. Es war noch kein Waffenstillstand zwischen Serbien und Kroatien stabilisiert und diese prekäre Hilfsaktion — damals Kroatienhilfe — wurde mit Ende Februar 92 vorzeitig abgebrochen. Große Rückführungsaktionen wurden auf Anregung des kroatischen Krisenstabes durchgeführt.

Der dritte legale Status, den Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien erwerben versuchen, ist ein Visum nach dem Fremdenpolizeigesetz und die Integration über eine Arbeitsbewilligung (in Wien praktisch unmöglich), mit dem Ziel eine Verlängerung des Visums zu erwirken. Ab 1. Jänner 1993 wird mit dem neuen Einwanderungsgesetz eine zusätzliche Restriktion eingeführt, die ebenfalls die jederzeitige Ausweisung bei vielen Flüchtlingen dieser Gruppe — selbst wenn sie eine Arbeitsbewilligung haben sollten — ermöglichen wird.

Wir müssen bedenken, daß alle, die weder aus Kriegsgebieten kommen, noch Konventionsflüchtlinge sind, also unter anderem alle SerbInnen, MakedonierInnen und KroatInnen, die desertiert sind, keine andere Möglichkeit als dieser Aufenthalt nach dem Fremdenpolizeigesetz offensteht. Ab 1993 haben die Behörden mit neuen restriktiven Gesetzen Handhabe, jederzeit durchzugreifen, abzuschieben,... Der Aufenthalt für diese Gruppe wird genauso provisorisch, wie jener für die vorhin beschriebene Gruppe der Kriegsflüchtlinge.

Und damit kommen wir zum letzten Kapitel, dem Königsargument aller AusländerInnenfeinde, zum Kapitel:

## Illegale

Für viele, die ein Visumverfahren in der Fremdenpolizei erlebt haben, ist klar, daß diese AusländerInnenpolitik den oder die Illegale/n produziert. Auch die beschriebenen Bleibemöglichkeiten, legen die Geleise für die AusländerInnen so, daß sie irgendwann fast zwingend "Illegale" werden müssen: der/die abgelehnte AsylwerberIn, der aus der Kriegsflüchtlingshilfe herausgefallene Kriegsflüchtling (entweder weil örtlich nicht mehr auffindbar oder weil zeitlich beendet wurde und deswegen hinausgeworfen), und der aus beiden ersten Kategorien ausgegrenzte Verfolgte, aber über den Arbeitsmarkt nicht hereingelungene; alle drei Gruppen sind am Ende ihres Österreichaufenthalts von "Illegalität" bedroht.

Wer keine Arbeitsbewilligung, kein Geld hat oder keineN Bürgen/in, der/die notariell beglaubigt für ihn/sie alle Kosten übernimmt, bekommt kein Visum. Wer weder

# deserteursberatung

**es gibt auf der balkanhalbinsel nicht nur krieg, sondern auch zehntausende kriegsdienstverweigerer. viele von ihnen sind nach wien geflüchtet, um den scharfen sanktionen zu hause zu entgehen.**

**wir bemühen uns:**

- rechtsberatung
- unterstützung und beratung bei problemen aller art
- selbstorganisation der deserteure
- asyl- und aufenthaltsrecht anzubieten und durchzusetzen.

**wir suchen eure konkrete unterstützung !!! nämlich:**

- freiwillige mitarbeit in der beratung
- betreuung einzelner deserteure
- politische mitarbeit
- finanzielle unterstützung

**und vor allem und sehr dringend:**

- kurz- und langfristige unterkunftsmöglichkeiten.

## deserteursberatung, schottengasse

3a/1/59; 1010 wien

BürgInnen hat, noch die Möglichkeit mit Nachweis von Einkünften ein Visum zu erlangen, bekommt einen Ausweisungsbescheid. Wer dem nicht nachkommt kann abgeschoben werden.

Wer sich scheut in diesen Rachen des Löwen zu klettern und um ein fremdenpolizeiliches Visum anzusuchen und dann auf die mögliche Ausweisung zu warten, wird nichts tun. Das sind dann die sogenannten Illegalen. An diesem Punkt zur Frage in der Überschrift: Sind Kriegsflüchtlinge vom Balkan privilegiert? Nein. Sie sind vielmehr typisches Beispiel für österreichische AusländerInnenpolitik, das auf zwei Prinzipien beruht: Erstens teile und herrsche, zweitens den letzten beißen die Hunde. Geteilt wurde die Flüchtlinge in solche aus Bosnien, die Kriegsflüchtlinge, die weiterhin angeblich hereindürfen. Aber inzwischen als letzte "Privilegierte", auch bereits von der Grenzschießung betroffen sind (s.ob. Beispiel).

Das Gegeneinander-Ausspielen von

Flüchtlingsgruppen verschiedener Herkunft ist nicht nur Praxis der Bürokratie, im Hinblick auf Verteilen der Bundesbetreuung, sondern auch der Politik, die in der Gesellschaft vermutete Emotionen und Psychologen aufgreift. In diesem Spiel sind die Balkankriegsflüchtlinge ein wichtiger Faktor geworden. Sie sind vom offiziellen Österreich als KonkurrentInnen gegen andere AusländerInnengruppen auserkoren, alleine weil sie die aktuell größte Gruppe stellen. Und sie sind bereits selbst Betroffene dieser Politik: Kriegsflüchtlinge und Deserteure haben keine Chance mehr nach Österreich hereinzukommen. Viele derer, die bereits hier sind haben schlechteste rechtliche und soziale Absicherung.

Gegen diese Politik mit ihrer bürokratischen Praxis hilft nur: die konkrete Solidarität der InländerInnen, die auch Solidarisierung zwischen den verschiedenen AusländerInnengruppen erleichtert.

# Krieg in Kurdistan

Meldungen gegen die veröffentlichte.....

Glaubt mensch den in Ankara veröffentlichten Erklärungen des türkischen Generalstabs, so hätte die türkische Armee in den vergangenen zwei Wochen in Südkurdistan mehr als 2000 Menschen umgebracht. In zwei Wochen wollen die (inzwischen von allen südkurdischen Gruppen als solche bezeichneten) Eindringlinge ihre Aktion beendet haben, um in den darauffolgenden Wochen "die Säuberungsaktionen gegen die PKK im Inneren der Türkei" fortzusetzen. Die Meldungen der türkischen Armee werden in allen österreichischen Medien veröffentlicht. Wir veröffentlichen die der ARGK (der Volksbefreiungsarmee Kurdistans).

(Kurdistan Komitee; 2.11.92)

## HAFTANIN (Gegend bei Zaxo in süd-Kurdistan)

Die türkische Armee ist mit Hilfe der eingesetzten Panzer bis Sheraninh (ein Dorf in Haftanin) vorgedrungen. Zur Zeit finden große Gefechte zwischen unseren Einheiten und der türkischen Armee statt. Bis jetzt sind 2 Guerilleros gefallen. An dieser Front sind die Verluste des Feindes bis zu 50 Soldaten. Da der Feind die Gegend nicht kennt und die wichtigsten Stützpunkte von unseren Einheiten kontrolliert werden, kommen sie nicht voran. Wir haben einige Stützpunkte vermint und uns bewußt zurückgezogen. Sie sind in zwei solche Gebiete eingedrungen und haben sich, nachdem sie 40 Verluste hinnehmen mußten, zurückgezogen. Da die Leichen der Soldaten durch türkische Kräfte nicht abgeholt werden können, bestechen sie die Räuber-Banden um die Leichen mit Maultieren und Pferden aus dem Gebiet wegzubringen. Heute haben wir zwei Räuber-Banden entdeckt, die vier Leichen von türkischen Soldaten transportierten. Wir werden versuchen, die türkische Armee noch mehr in daß Gebiet hineinzuziehen. Obwohl zwischen uns nur 100 bis 200 Meter liegen, können die Armee-Einheiten nicht weiter voran kommen. Sie bombardieren das Gebiet nur noch mit Kampfflugzeugen. Auch damit kommen sie nicht voran, weil wir Flugabwehr-Raketen und andere Waffen einsetzen."

Soeben erreicht uns die Nachricht, daß in Haftanin nach Berichten der ARGK-Zentralkommandantur sechs bis sieben ARGK-KämpferInnen gefallen sind und die Verluste auf der Seite der Türkei und KDP/PUK stark zugenommen haben. Weiter heißt es, daß bei den dortigen Angriffen der türkischen Armee Panzer eingesetzt werden.

## XAKURKE (befindet sich im Dreieck zwischen irakisch, iranisch und türkisch besetztem Gebiet)

Unsere allgemeine Situation ist sehr gut. Bei den drei Gefechten zwischen unseren

Einheiten und der türkischen Armee sind ungefähr 30 türkische Soldaten getötet worden. Gestern Abend haben unsere Einheiten einen Angriff auf die türkische Armee in diesem Gebiet durchgeführt. Wieviele Soldaten dabei getötet wurden, konnten wir bis jetzt noch nicht erfahren. Zur Zeit finden keine Gefechte statt.

## BINGÖL-BITLIS-MUS

(Städte im türkisch besetzten Teil Kurdistans):

Die Straße zwischen Mus und Varto wurde von den Guerillero gesperrt. Dabei wurden 3 türkische Soldaten gefangen genommen. In Bingöl wurde ein Verräter mit dem Tode bestraft. In Bitlis haben viele Dorfschützer die Waffen niedergelegt.

## AMED

(genannt Diyarbakir).

Bei einem Angriff der Guerilla-Einheiten auf die Wache in Palu wurden insgesamt 29 türkische Soldaten getötet, zwei Guerilleros sind gefallen. Bei diesem Angriff wurden 16 G3-Gewehre, 3 G3-Granaten, 1 Kalaschnikov, 22 G-3 Magazine, 1 Fernglas, 3 B7-Raketenwerfer, 12 Rucksäcke und ein große Menge von Nahrungsmitteln und persönlichen Gegenstände von den Guerillero beschlagnahmt.

Bei einem weiteren Angriff der Guerilla-Einheiten auf die Gendarmerie-Wache in SILVAN wurden 12 türkische Soldaten getötet, und genauso viele verletzt. Die türkischen Armee-Einheiten haben nach unserem Angriff auf die Wache das naheliegende Dorf Cumali unter Artillerie-Beschuß genommen. Gestern Abend wurde die Straße zwischen NUSAYBIN und MIDYAT

von den Guerillero besetzt, und die Informationen über die letzten Ereignisse in Kurdistan an die VerkehrsteilnehmerInnen weitergegeben.

Bei den Zusammenstößen in SINAHT (süd-Kurdistan) wurde ein Helikopter von den Guerillero abgeschossen und mindestens 17 türkische Soldaten getötet.

Bei zwei Hinterhalten der Guerillero im gleichen Gebiet wurden 2 weitere türkische Offiziere und 3 Soldaten getötet. Dabei sind 2 Guerilleros gefallen.

Am Abend des 1.11. griff die ARGK eine Stellung der türkischen Armee im ZAGROS-GEBIRGE an (Süd-Kurdistan, an der Grenze zum iranisch besetzten Teil), dabei wurden 35 türkische Soldaten getötet. Wir hatten keine Verluste. Es wurden ein Granatwerfer, acht G3-Gewehre, ein Funkgerät, eine Menge Munition und Lebensmittel beschlagnahmt. Nach diesem Angriff zogen sich sowohl die türkische Armee als auch die KDP/PUK-Einheiten zurück. Eine Umzingelung der Guerilla-Camps durch die türkische Armee besteht nicht, die ARGK hat alle Maßnahmen getroffen, eine solche Situation zu verhindern. Die schweren Waffen der ARGK kommen auf wirkungsvolle Weise zum Einsatz.

## CUKURKA-BESTLER:



Gestern abend wurden das nahe der Stadt Sirnak gelegene staatliche Kohlebergwerk, ein Verwaltungsgebäude und die Bataillons-Kaserne von der Guerilla angegriffen. Den Stellungen und Gebäuden wurden große Verluste zugefügt. Bei einer Straßensperre zwischen Cizre und Sirnak wurde ein von Cizre kommender Panzer zerstört. Die Feinde hatten in diesem Gebiet so hohe Verluste, daß sie morgens mit 15

Krankenwagen weggebracht werden mußten. Drei unserer Freunde sind gefallen. Beim Rückzug von dort sind vier weitere Freunde durch Mörserbeschuß gefallen. Cukurca wird seit heute morgen (2.11.) mit Helikoptern und Kampfflugzeugen bombardiert. Die Türkische Republik versuchte von zwei Flanken in unser Gebiet einzudringen, doch wir haben sie zurückgeschlagen und befinden uns weiterhin am alten Platz."

# SPENDE FÜR SIRNAK KURDISTAN

Das kurdische Volk führt heute einen Widerstand für die Freiheit. Dieser legitime Widerstand wird schließlich die Installierung der Demokratie in Kurdistan ermöglichen. Kurdistan ist die letzte Kolonie im Aufbruch zum 21. Jahrhundert. Es ist unvorstellbar, daß die Kurden und die demokratische Öffentlichkeit diese Situation billigt und ihre Zustimmung gewährt. Im Gegenteil, nur ein freies, unabhängiges und demokratisches Kurdistan kann den Frieden im Mittleren Osten garantieren. Der Mittlere Osten ist "die Krisenregion" der Welt, die Lösung dieser Problematik liegt in dem "kurdischen Knoten". Kurdistan ist die entscheidende Region im Mittleren Osten. Aus diesem Grund gilt die Gleichung: Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit in Kurdistan = Freiheit, Demokratie und Frieden im Mittleren Osten. Die rassistisch-faschistische Unterdrückung der Kurden wird seit ihrer Gründung durch die TR ausgeübt. Nachdem die osmanischen Türken 1905 mehr als 1 Mill. Griechen massakrierten vernichteten sie im 1. Weltkrieg mehr als 2 Millionen Armenier. 1/2 Million Kurden wurden während des 1. Weltkrieges im Toros-Gebirge massakriert 1919 - 1925 - 1938 wurden durch die TR mehr als 1 Million Kurden massakriert, doppelt so viele deportiert. 1992 wurden in den kurdischen Städten Sirnak, Cizre, Cukurca, Idil und Nusaybin innerhalb eines Tages mehr als 120 Zivilisten von den Sicherheitskräften erschossen. Dörfer, Städte und die Natur werden periodisch bombardiert. Am 18. August 1992 griff die türkische Armee u.a auch mit Panzern, die Stadt Sirnak an. Sie massakrierten mehr als 100 Zivilisten. Die Stadt Sirnak wurde zu 2/3 zerstört. Besonders diese Menschen brauchen jetzt unsere dringende Hilfe. Die TR erklärte von höchster Stelle gegenüber Kurden den "Totalen Krieg". Die Massaker in Sirnak, Cukurca, Kulp, Varto sind unvorstellbaren Maßes. Ein Beispiel der Grausamkeit der TR: Die Kurden in Göle wurden massakriert, anschließend wurden ihre Leichen von Panzern zermalmt, sodaß Körperteile sich an den Panzerketten verfangen. Kurden werden mit Seilen an Panzer gebunden und zu Tode geschleift. Gerade heute brauchen die Kurden die solidarische Hilfe der Weltöffentlichkeit. Die Menschheit darf nicht zulassen, daß ein Teil von ihr in Kurdistan vernichtet wird. Es ist das elementarste Recht eines Volkes, gegen diesen Terror und die Unterdrückung Widerstand zu leisten. Wir rufen die Öffentlichkeit auf, sich mit dem kurdischen Volk in seinem Widerstand gegen Rassismus, Kolonialismus und Faschismus zu solidarisieren.

## **Deshalb**

- Spendet für die Vertriebenen, Deportierten und Obdachlosen.
- Spendet für die Opfer des staatlichen Terrors.
- Spendet für die Bevölkerung von Sirnak.
- Spendet für die Ausbildung kurdischer Kinder.

**Spendenkonto, Stichwort: *Spende für Sirnak***  
**PSK Konto-Nr. 93016128**  
**Bankleitzahl: 60 000**

## **KIB**

**Verein für Kultur und Information  
kurdischer Angelegenheiten  
1060 Wien, Linke Wienzeile 78/3  
Tel: 0222 - 587 42 68  
Fax: 0222 - 56 31 48**

## Hungerstreik im Gefängnis von Buca (Türkei)

(Informations-Zentrum für Freie Völker/Köln)

Am 14.9.1992 ist es im Gefängnis von Izmir-Buca zu einer Auseinandersetzung zwischen der Gefängnisleitung und den politischen Gefangenen gekommen. Der Grund für diese Auseinandersetzung war, daß die Gefangenen gegen die Reduzierung des Hofgangs protestiert haben. 20 Gefangene wurden dabei von Soldaten und Polizisten zum Teil schwer verletzt. Die Verletzten sind nicht ins Krankenhaus gebracht worden. Am 15.9.1992 hat es wieder eine Auseinandersetzung gegeben, bei der 58 Gefangene verletzt worden sind, davon 20 schwer.

Seit 2 Jahren dürfen die Gefangenen im Gefängnis von Izmir-Buca keinen Besuch und keine Post bekommen. Für einige Gefangene ist ein Besuchs- und Postverbot bis 1997 verhängt worden. Aktuell gibt es in keinem Gefängnis der Türkei tatsächliche Isolationshaft, aber im Buca-Gefängnis wird nach jeder Operation versucht, die Frauen in Isolationszellen zu verschleppen.

Die Konterguerilla verteilt seit einem Jahr im Gefängnis Flugblätter unter dem Namen KAP ("Kemalistische Polizei- und Militärkraft"), mit dem Tenor: "Uns gibt es auch im Gefängnis", "Vor uns könnt ihr nicht weglaufen, wir werden euch umbringen".

Die politischen Gefangenen beurteilen die Operationen gegen sie als Angriff der Konterguerilla. Aus Protest gegen die Unterdrückung im Gefängnis haben sie am 14.9.1992 einen Hungerstreik angefangen, der heute seit 36 Tagen andauert.

Die Gefangenen, die sich an diesem Hungerstreik beteiligen, kommen aus den folgenden Organisationen: TKIH, TKP/B, TKP/ML Hareketi, PRK (Rizgari), Direnis Hareketi, TKP/K, Devrimci Yol, DKP, KKP, FKST, TDKP, TIKB, MLSP-B, Ekim, TKP/ML und Devrimci Sol.

Der Hungerstreik wird von den Angehörigen der politischen Gefangenen und den Gefangenen anderer Gefängnisse unterstützt.

In dem aus 25 Punkten bestehenden Forderungskatalog der Gefangenen wird als erstes gefordert, daß menschenwürdige Lebensbedingungen im Gefängnis geschaffen werden, Besuchs- und Postverbot und der Besuch unter den Gefangenen.

In einer Erklärung der politischen Gefangenen und deren Familien rufen sie die Öffentlichkeit auf, gegen die Angriffe zu protestieren und ihren Widerstand zu unterstützen.

Falls es im Gefängnis zu Tod oder bleibenden Schäden der hungerstreikenden Gefangenen kommt, sind die Regierung, der Justizminister und die Gefängnisleitung dafür verantwortlich.

**Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, diesen Widerstand zu**

unterstützen und gegen die Angriffe gegen die politischen Gefangenen in der Türkei zu protestieren.

Nach den letzten Informationen, die wir heute (Anm. Tb: 22.10.) von den Angehörigen der Gefangenen bekommen haben, hat sich der Gesundheitszustand von Kader AKSU, der sich heute seit 31 Tagen im Hungerstreik befindet, dramatisch verschlechtert. Mittlerweile sind bei ihm Probleme mit dem Magen und den Harnwegen aufgetreten, der Körper verweigert die Aufnahme von Flüssigkeit und Zucker. Ein ärztlicher Bericht sagt, daß seine inneren Organe mittlerweile zu empfindlich geworden sind.

Die Angehörigen fordern deshalb die verantwortlichen Stellen noch einmal dringend auf, die berechtigten Forderungen der Gefangenen zu erfüllen. Die Gefängnisleitung, der Justizminister und die Regierung tragen die Verantwortung für alle gesundheitlichen Schäden und den möglichen Tod der Gefangenen.

## 500 Jahre-Demo in Barcelona verhindert

(ides)

Für den 12. Oktober war anlässlich der 500-Jahr-Eroberungs-Feier eine Demonstration in Barcelona vorgesehen, zu der vor allem libertäre Gruppen aufgerufen hatten. Die Demo wurde von der Polizei durch massive Vorkontrollen verhindert. Dabei gab es bereits 31 Festnahmen. Vorwürfe: Weigerung, sich auszuweisen, "Waffen"besitz, d.h., Holzstöcke etc., Besitz eines Campinggaskochers ... Zwei Leute saßen am 16.10. noch immer im Gefängnis, einer von ihnen, weil er schon in Sevilla dabei war, der andere, weil er angeblich aggressiv war!! 29 Personen, die verhaftet wurden, kamen nach 36 Stunden wieder frei.

Während statt der Demo eine Kundgebung mit etwa 200 TeilnehmerInnen stattfand, wollten einige FaschistInnen an der Demonstration des "Dia de la Hispanidad" teilnehmen, und 20 von ihnen wurden festgenommen. Dieser Tag ist alljährlich Anlaß für den Aufmarsch der FaschistInnen in Spanien. 5 der 20 FaschistInnen wurden sofort wieder freigelassen, die anderen ebenfalls nach 36 Stunden, aber ohne Anklage.

Die offizielle Version ist, daß die Polizei eine Konfrontation zwischen linken und rechten Gruppen verhindern wollte. Als "Beweisstücke" dienten ein Foto, auf dem eine Hakenkreuzfahne gemeinsam mit der Fahne der FMLN abgebildet war.

## Erster Prozeß in Sevilla

(Sevilla, 5. Nov. 92)

An alle, die die Repression anlässlich der Expo noch nicht vergessen haben. Am 12. November um 11 Uhr morgens wird die erste Ge-

richtsverhandlung gegen einen Anti-Expoaktivisten laufen. Der Angeklagte Benito Perez Ferrero wurde am 20. April im Krankenhaus verhaftet als er sich nach dem Gesundheitszustand von Beatriz Martinez erkundigte; eine von den drei durch Schußwunden bei der Demonstration gegen die Expo 92 Verletzte.

Der Anklagepunkt lautet "Angriff auf Autoritäten". Der Staatsanwalt fordert einen Monat und einen Tag Gefängnis und 100.000 Pesetas Strafe (oder statt der Geldbusse eine entsprechende Zeit Hausarrest). Leider haben wir sehr spät von dem Gerichtstermin, der öffentlich sein wird, erfahren. Wir werden einige Aktionen laufen lassen, weil es die erste und damit die wichtigste Verhandlung sein wird. Und um die Prozeßstrategie zu verfolgen.

Deswegen ist es sehr wichtig viele Telegramme (weil wenig Zeit bleibt) an den Richter so schnell wie möglich zu schicken. Auch wichtig ist, daß hier Telegramme mit Unterschriften von Gruppen, Organisationen (Nicaragua, 2. Welt, Grüne...) ankommen um öffentlichen Druck zu schaffen.

Schreibt auf spanisch und fordert die Freilassung und die Einstellung aller noch laufenden Gerichtsverhandlungen in der Expo-Scheiße.

### Die Adresse des Richters:

Illmo. Sr. Conrade Gallardo Correa  
Magistrado del juzgado de lo penal no. 9  
Prado de San Sebastian  
Sevilla

## VIRUS contra ERT

(Virus)

Rund um den 15. November gibt es in ganz Europa eine Aktionswoche gegen den ERT (European Round Table of Industrialists), der europaweiten Industriellenvereinigung (siehe Tb -22). So wollen wir auch in Wien nicht müßig sein. In einer Straßentheateraktion der Gruppe VIRUS (Vereinigung Internationalistischer Revolutionärer UmweltschützerInnen) soll auf diese nahezu unbekanntene Pressure Group der EG hingewiesen werden.

Stattfinden wird das Spektakel am **Dienstag, den 17. November um 10 Uhr morgens** in der Kärntnerstraße zwischen Oper und ÖVP-Zentrale. **Auf gehts — Hinkommen**

Wer aber noch an der Vorbereitung mitmachen will, setze sich mit Karl (402 69 55, WUK Umweltbüro) in Verbindung.

№ 1 NOVEMBER 92 ★ 25 Seiten A4, max.



## um-Verteilung

Eine neue (österreichische) autonome Zeitung ist zu haben

Die unverteiltung wird verdeckt produziert und unter die Menschen gebracht. Wir haben uns von vornherein für diesen Schritt entschieden, weil die uv so und so bald kriminalisiert worden wäre, und es in Österreich nicht möglich ist (aufgrund der kleinen 'überschaubaren' Szene) dann noch halblegal weiterzumachen. Den setzen wir offensiv was entgegen und entziehen unsere Person vorbeugend den Blickfeld von Politbullen und sonstwelchen unsympathischen Neugierdsnasen. Das hat natürlich auch seine Nachteile: wir sind auch für Euch, den uns wohlgesonnenen LeserInnen, schwer erreichbar. **Wir haben nicht mal eine Postadresse**, was natürlich riesige Nachteile hat, aber wir suchen verzweifelt nach einer Lösung, die genügend Sicherheit bietet.

Aber es gibt auch große Vorteile, illegal zu produzieren: Wir können schreiben, was WIR wollen. Und das werden wir auch voll genießen, d. b. **Tips** geben, wie bestimmte Dinge effizienter funktionieren, Sabotageanleitungen veröffentlichen und auch mal Gewaltaufrufe oder sonstwas abdrucken, ohne daß wir uns aus Angst vor irgendwelchen Paragraphen 'ne unfreiwillige Selbstzensur auferlegen müssen. Wie schnell die Herrschenden ihre Büttel loschicken, wenn ihnen was zu pressefrei ist, sieht mensch an den Ladendurchsuchungen und Beschlaagnahmeversuchen wegen des Aufrufs von wegen Militärsetze im TATblatt.

Die unverteiltung soll Inhalte, Zusammenhänge vermitteln und die Propaganda der Tat betreiben. Die uv müßte künftig so alle 3 Monate rauskommen (falls sie überhaupt irgendeineN interessiert), da ist natürlich nicht mehr alles so aktuell, aber wir haben ohnehin vor, eher Diskussionsthemen aufzugreifen, grundsätzliche Dinge rüberzubringen.

Ein Schwerpunkt wird auf jeden Fall das Thema Knast/Gefangene.

Da die unverteiltung nicht in Läden aufliegt und vorerst auch nicht abonniert werden kann, ist's wichtig, daß IHR sie weitergebt, anderen Menschen lesen lasst. Also wer/welche ein paar Exemplare in die Hände bekommt, schaut, daß diese anderen netten Menschen zukommen.

**VERTEILEN UND KÄMPFEN, KÄMPFEN UND VERTEILEN!**

Das ist drin!

Nota Zora (Interview)	3
Anerkennungsdemonstration I (Bodenfrage)	7
Internationalismus-Toll	10
EU-Streitgespräche + Antwort	18
Artikeln	26
Dr. Alexis Correl (P)	26
OSG-Jahresrückblick	25
Alle Tage Sabotage	26
1992 - Eduardo Galeano	26
Sollinger + alternative Praxis	29
Kantenteil	38
Brand Report	31
Gespräch mit Ina	32
Interview mit Trappold Miller	32
Christian Kler	36
Interview mit Gefangenen (USA)	40
Mittwoch frei	41
Hausbesetzung in Linz	42
Stadtschicht	42

# Heißer Herbst in Griechenland

(TATblatt)

## 1. Was geschah.

In Griechenland finden die radikalsten Kämpfe von Arbeitenden und Arbeitslosen statt, die Europa derzeit zu verzeichnen hat. Sie sind länger, zäher und härter als der bisherige Widerstand in Italien. Im Gegensatz zu den italienischen Richtungsgewerkschaften — das heißt den parteizugeordneten und zu einem Bund zusammengeschlossenen Gewerkschaften, die sich erst nach und nach unter dem Druck der Basis zur Protestform des Generalstreiks bewegen ließen (wobei das wesentliche Agens in Italien die immer stärker werdenden Basisorganisationen sind) und die sozialpartnerschaftlich zusammen mit Regierung und Unternehmerverband das Austeritypaket mitbeschlossen haben, sehen sich die offiziellen Gewerkschaften Griechenlands in Opposition zur europäischen Wirtschaftspolitik des konservativen Ministerpräsidenten Mitsotakis und sind also auf der anderen Seite der Barrikade. Es handelt sich hierbei um die GSEE (Jenikí Sinomospondía Ergáton Elládos, Allgemeiner Griechischer Arbeiterbund), die 600.000 Mitglieder zählt und die ADEDY, die Gewerkschaft der BeamtInnen und Öffentlichen Angestellten mit ihren 200.000 Mitgliedern.

Die erste harte Auseinandersetzung begann Ende Juli, nachdem die Regierung beschlossen hatte, die Athener Verkehrsbetriebe (EAS) zu privatisieren, was eine Existenzbedrohung für die 8000 ArbeiterInnen der EAS bedeutet. Die Reaktion darauf war: 45 Tage lang war Athen ohne Autobusse! (Das ist der Stand von 17. September, darüber hinaus haben wir keine Nachrichten).

Anfang September wurde von der GSEE ein 24-stündiger Generalstreik ausgerufen, zusätzlich dazu streikten die Bankangestellten, die PostlerInnen; auf den Unis streikte das Lehrpersonal gegen ein neues verschärftes Universitätsgesetz! 86 ArbeiterInnen, die einen Noteinsatz versahen, wurden entlassen! Dazu lagen tagelang weite Teile des öffentlichen Dienstes lahm. Von enormer Auswirkung waren die Streiks der ArbeiterInnen der Elektrizitätswerke Griechenlands (DEH). Ganze Regionen waren ohne Strom, die Produktion war auf ein Minimum gesunken — die Industrie und die Rechtsregierung Mitsotakis' waren gelähmt. In den rechten Zeitungen wurde demagogisch übertrieben, wie Nahrungsmittel und Medikamente nicht ausgeliefert werden konnten und kaputtgingen. Und noch mehr versuchten sie, die Leute damit zu schrecken, welche Auswirkungen die Abschaltung des Stroms in den Spitälern habe — dies gehört in Griechenland zum Standardrepertoire der Hetze gegen Gewerkschaften und die politisch sehr aktiven und bewußten ArbeiterInnen im Gesundheitssektor. Es dürfte allerdings zusätzliche infla-

tionäre Stromunterbrechungen durch die Elektrizitätswerke gegeben haben — der Vorsitzende der Gewerkschaft der ElektrizitätsarbeiterInnen zumindest hat die Firma angezeigt: sie habe mutwillige Stromunterbrechungen verursacht. Daraufhin wurde Strom aus Bulgarien importiert.

Nun drohte die Regierung mit gezielten Arbeitsverpflichtungen, um den Streik so niederzuzwingen.

Am 8. September glich das Zentrum Athens einem Schlachtfeld. Tränengas, Steine, Knüppel, Verwundete! Diesmal wurden Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet! Die Wut der Ordnungskräfte entlädt sich gegen die Gewerkschaft der BauarbeiterInnen. Mehrere hundert BauarbeiterInnen hatten demonstriert und verlangt, mit dem Wirtschaftsminister Stefanos Manos zu sprechen. Sie wollten sich mit ihm über das neue Pensionsgesetz und die Kürzung der Arbeitslosenhilfe auseinandersetzen. Die Antwort darauf: die Sondereinheit MAT verhaftet 7 Demonstranten, darunter den Vorsitzenden der BauarbeiterInnengewerkschaft Kirassoulis — er ist auch Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands.

Das Angebot der GSEE, mit der Regierung zu verhandeln, wurde von dieser Anfang September abgelehnt. Die Intransigenz Mitsotakis' ging so weit, daß er sogar ein vorgeschlagenes sozialpartnerscher Modell ablehnt. Unternehmerorganisationen hatten mit der Gewerkschaft eine beidseitige Besetzung der Verwaltungsgremien der Sozialversicherungsanstalten paritätisch durch Vertreter des Unternehmerverbandes und die Gewerkschaften vereinbart. Ein diesbezügliches Treffen zwischen Mitsotakis und UnternehmerInnenverband scheiterte. Die Antwort der ArbeiterInnen darauf: ein 48-stündiger Generalstreik am 9. und 10. September.

Zu dem Zeitpunkt waren die Banken seit 10 Tagen geschlossen, die Stromproduktion, wie geschildert, lahmgelegt. Im Fernmeldewesen ist nur Notpersonal eingesetzt, die Universitäten sind geschlossen, zahlreiche Fakultäten besetzt.

Am Generalstreik beteiligten sich etwa 70% der ArbeiterInnenschaft; kleinere, teils auf Branchen beschränkte landesweite Einzel-Generalstreiks finden jede Woche oder alle zwei Wochen statt. Nach einer Meinungsumfrage der Athener linksliberalen Tageszeitung *Eliftherotipia* sympathisieren 65% der Bevölkerung mit dem Generalstreik, obwohl sie davon auch direkt betroffen sind, und die Hauptstadt seit einhalb Monaten beinahe stillsteht. (Zeitpunkt gegen Ende September) Die Zustimmung zur Politik der Regierungspartei, die nach Meinungsumfragen vor 2 Jahren bei 38% lag, ist auf 22% gesunken.

Als am 12. September Mitsotakis in Saloniki eine Rede hielt, in der er seine Pläne verteidigte, die Inflation zu senken, das Budgetdefizit zu reduzieren und schließlich versprach, es werde keine neuen Steuerer-

höhungen geben, und die Investitionen würden steigen, da versuchten 4000 der 8000 von Kündigung bedrohten ArbeiterInnen der Athener Verkehrsbetriebe nach Saloniki (!) zu gelangen, um dort eine Kundgebung abzuhalten. Aber sie wurden bereits am Stadtrand aufgehalten. Daraufhin wurde auf die ArbeiterInnen eine 600-köpfige Sondereinheit angesetzt, die Sache wollte schon bedrohlich eskalieren, da überredete die GSEE die ArbeiterInnen, nach Hause zu gehen, da sie ein Blutbad befürchtete. (So zumindest die Version des manifesto-Korrespondenten Pavlos Nerantzis.)

Mitsotakis hat einen Bürgerkrieg auf Sparflamme entfacht, physische Auseinandersetzungen zwischen Polizei, Demonstrierenden, streikenden Arbeiter- und StreikbrecherInnen sind an der Tagesordnung. In Athen demonstrieren fast täglich ArbeiterInnen und Entlassene, täglich gibt es Verwundete und Verhaftete.

Durch zahlreiche einschneidende Regierungsmaßnahmen sind vor allem zwei Kategorien betroffen: auf der einen Seite diejenigen, die durch ihre ziemlich mächtigen Interessensvertretungen bisher nicht nur ziemlich geschützt waren, sondern auch beachtliche Lohnerhöhungen erkämpft hatten, auf der anderen Seite die zahlreichen Marginalisierten, die Entlassenen/Arbeitslosen und die Pensionisten.

## 2. Warum es geschah.

Zu den Maßnahmen der ND-Regierung gehören: die Erhöhung der Sozialabgaben, die Erhöhung des Pensionsalters (wie in Italien auf 65 Jahre (Anm.: bis ma nimma kräun kann), das Arbeitslosengeld wird reduziert. Die staatlichen Ausgaben für Pensionen und Gesundheitswesen sollen um 30% gekürzt werden! Insgesamt sollen jährlich 170 Milliarden Drachmen aus öffentlichen Mitteln gekürzt werden. Allein die Pensionskonterreform soll bewirken, daß in den kommenden drei Jahren umgerechnet etwa 30 Milliarden Schilling (!) "eingespart" werden.

Das Überleben der Alten und Kranken liegt nicht mehr im öffentlichen Interesse. Die IKA, die staatliche Versicherungsanstalt, wird zum Jahresende ein Defizit von 450 Milliarden Drachmen aufweisen. Der öffentliche Sektor soll "reorganisiert" werden. Im Klartext: 10% der BeamtInnen sollen abgebaut werden — das sind 60.000 Posten. Die BeamtInnen und Angestellten im öffentlichen Dienst, die ja, mindestens so sehr wie in Italien, eine parteistabilisierende Klientel darstellen, wurden bisher von einer Stelle zur anderen zwangsverschoben, was die ADEDY in den vergangenen Monaten zu zahlreichen Protestaktionen veranlaßte. Sparmaßnahmen wurden von Brüssel bisher mehrere Male angeordnet: bisher wurden sie von der Regierung bloß verschoben.

Das derzeitige Budgetdefizit beträgt

21% des Bruttoinlandsprodukts. Das Diktat von Brüssel und IWF: bis 1993 soll es auf 6% hinuntergedrückt werden.

Der OECD, das statistische Weltamt der Kapitalisten (genannt Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Zusammenarbeit) stellt in einem jüngst herausgegebenen Bericht folgendes fest: "Diese Maßnahmen werden langfristig nicht greifen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die dramatische Verspätung Griechenlands doch zunehmen wird. Die Institutionen müssen im Hinblick auf die (so wörtlich!) etablierten Interessen mehr Entschlossenheit beweisen."

Die Inflation hielt zu Ende 1991 bei 17,8%. Die Vorgabe der Regierung: bis Ende 1992 soll sie auf 13% runtergedrückt werden. Die Arbeitslosenrate liegt landesweit bei 10%!

Die Maßnahmen, die bereits jetzt in die Wege geleitet wurden, haben zu unerträglichen Preissteigerungen geführt, besonders im vergangenen August. Das drastischste Beispiel waren die Treibstoffpreise, die um 40% erhöht wurden. Der Reallohn ist in diesem Jahr um 18% gesunken!

Die Interessen des Kapitals und seiner Konsolidierung konnten durch die bisherigen Maßnahmen bereits in hohem Maße gesichert werden: in den letzten drei Jahren sind die Profite der Unternehmen um 40% gestiegen; im Vergleich zu 1986 um 232%! Schließlich gab Ende September der griechische Finanzminister bekannt, daß Griechenland auch am Europäischen Währungssystem teilnehmen wird.

### 3. Weitere Disaster.

Zusätzlich zu dieser Streikwelle, die seit dem Zusammenbruch der griechischen Junta ihresgleichen nicht gesehen hat, nehmen in grauerregendem Ausmaße Umweltverbrechen und Arbeitsunfälle zu.

Am 5. September ist ein Gebiet im Norden von Athen, dessen einzige grüne Lunge, wie es genannt wird, nach einem zwei Tage und zwei Nächte dauernden Großbrand völlig zerstört worden. Wie bereits mehrere Male in der Vergangenheit, handelt es sich auch hier um vorsätzliche Brandstiftung, und zwar durch die Baumafia. 50.000 Hektar Wald wurden vernichtet. Dabei gingen Häuser und Schafweiden zugrunde. Die reiche Flora und Fauna wurde vernichtet. Zahlreiche Dörfer sind davon betroffen! Die Regierung hat sich in dieser Situation durch ein absolutes Fehlen von Koordination und vollkommene Ineffizienz ausgezeichnet.

Bei einem Brand in der Raffinerie Petrol, die in einem Vorort von Athen gelegen ist, starben 7 Arbeiter, und 30 wurden verwundet, ganz abgesehen von den zahlreichen Sachschäden. Die Bürgermeister der Anrainergemeinden und die Opposition (SozialistInnen und KommunistInnen) hatten seit langer Zeit auf die Gefährlichkeit der veralteten Anlagen hingewiesen und die Verlegung in Zonen mit höherer Sicherheit gefordert. Eigentümer des Werkes ist der

Reeder Laksis, ein persönlicher Freund des Ministerpräsidenten.

Opposition gegen dessen Politik beginnt sich auch in dessen eigenen Regierungs- und Parteireihen zu regen. Evert, Kanellópoulos und Dimas, drei der höchsten Exponenten der Regierungspartei Nea Dimokratía — alle drei ehemalige Minister — richteten an den Premier gar ein Protestmemorandum.

Griechenland zeigt wieder Züge einer Folterdiktatur.

Am 24. Juni dieses Jahres kam in London ein Amnesty-Bericht heraus, durch den weltweit publik wurde, daß allein im vergangenen Jahr 1991 465 Menschen in griechischen Gefängnissen Opfer von Mißhandlungen durch Polizei und Aufsichtsbeamte waren. In dem 55 Seiten langen Bericht heißt es weiterhin, daß die Polizei systematisch den Kontakt zwischen den Verhafteten und ihren Rechtsanwältinnen verhindert, bis sie gestehen, und eben zur Erzielung von Geständnissen werden häufig Foltermethoden eingesetzt. Unter den Fällen sind solche, die mit Elektroschock behandelt werden. Ein 26-jähriger türkischer Flüchtling,

Souleiman Achtiar, wurde im Jänner dieses Jahres von der Athener Polizei im Gebäude der Drogenbehörde zu Tode geprügelt. Die großen Bosse des Drogengeschäftes aber läßt man laufen. Die Justiz ist derzeit unter Beschuß: mehrere internationale Drogenbosse wurden vorübergehend auf freien Fuß gesetzt.

Trotz einer steigenden Anzahl von Anzeigen gegen die mißhandelnden Ordnungskräfte wurde von der Regierungspartei Nea Dimokratía kein einziges Disziplinarverfahren in die Wege geleitet!

Die Reaktion der Mitsotakisregierung auf den Bericht war eine einzige Frechheit. Sie wies die Anschuldigungen von AI einfach zurück. Der Minister für Öffentliche Ordnung Anagnostópoulos meldet: "Die Polizei funktioniert unter Einhaltung der demokratischen Normen." Und meint: "Die Menschenrechtsorganisation hat ihr Material bloß aus der Presse (!) gesammelt, ohne zu verifizieren, ob es sich um Fälle handelt, die sich tatsächlich ereignet haben."

Diese Standardversion haben wir doch schon woanders gehört?

**RADIO DURUTTI** FR. 20°  
103,3 FM

proudly presents

**CRAIG GAMUFFE**

**MILITARY**

in CONCERT ⇌

BOLOGNA

**PAPA ROCKY**

33 REC.

**SA\*POW** NAPOLI

26. 11. EKH WILANDG. 2-6  
27. 11. KANAL U1-KEPLERPL.  
SCHWERTBERG  
GERBASTRAICH

RAP... POESIA DELLA STRADA

## TATblatt lädt ein zum:

### Projekt Solidaritätssteuer!

Endlich ist es soweit: das TATblatt sucht wieder mal einen neuen Weg um an eine Menge Geld zu kommen.

Seit drei Jahren gibt's nun das TATblatt und ebenso lange gibt es Menschen die viel Zeit, Kraft und Energie in dieses Projekt stecken, ohne einen Groschen dafür zu sehen. Wir wollen jetzt keine Lobhudelei betreiben, doch wir meinen, es ist nicht ohne, in einem Land wie Österreich 4 Jahre lang kontinuierlich ein Medium herauszugeben, das "Nachrichten aus dem Widerstand" an die Öffentlichkeit bringt.

Wir wollen weiterhin das TATblatt herausgeben, aber nicht unter Bedingungen wie sie bisher bei uns vorherrschen.

Am 1. April ist jene Druckerei in Konkurs gegangen, die uns freien Zugang zu den Produktionsmitteln ermöglichte. Wir haben nun keine Möglichkeit mehr das TATblatt selbst zu drucken.

Eine Möglichkeit wäre es das TATblatt in einer kommerziellen Druckerei drucken zu lassen, doch ökonomisch wären wir damit binnen kürzester Zeit am Ende.

Wir haben uns nun dazu entschlossen eine eigene Infrastruktur aufzubauen, um weiterhin kontinuierlich erscheinen zu können.

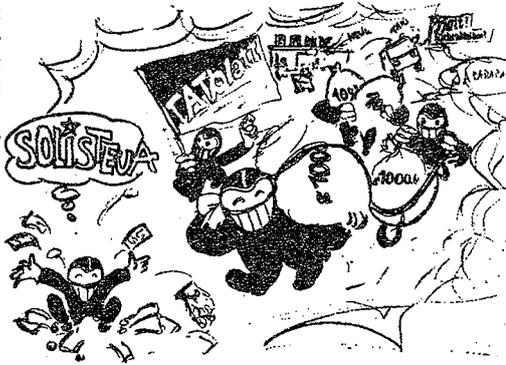
Diese Infrastruktur soll aber auch anderen Personen und Gruppen zur Verfügung gestellt werden, die sich den Weg in eine Druckerei nicht leisten können.

**Doch jetzt zum Wesentlichen:**

Das TATblatt-Kollektiv hat beschlossen, ab 7.9.92 die Druckerei in Betrieb zu neh-

men und hat sich durch die Anschaffung der nötigen Infrastruktur extrem verschuldet.

Um das alles zu finanzieren benötigen wir noch rund 5000 öS monatlich. Bei diesem gewaltigen Loch haben wir natürlich an eure Solidarität gedacht und deshalb zurück ...



... zum Projekt Solidaritätssteuer:

Wir suchen ab sofort und ganz, ganz dringend Menschen, die sich selbst besteuern. Kleines Rechenbeispiel: 50 Menschen, die monatlich 100.-öS an uns überweisen, würden genügen, um unsere Vorstellungen zu verwirklichen.

und so funktioniert:

Als Untergrenze der Solisteuer haben wir uns 50.-öS/Monat gedacht. Diesen Betrag könnt ihr nach Belieben erhöhen/vervielfachen.

Die Solisteuer überweist ihr uns dann einfach per Dauerauftrag auf unser Konto:

P.S.K. 7547.212

Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt

Dann schickt ihr uns eine Postkarte mit eurem Namen + Adresse, damit wir euch das TATblatt auch zusehen können.

Also überlegt euch, wie wichtig euch ein Medium wie

das TATblatt ist (zwei Bier, ein Kinobesuch, ein Konzert, zwei Packerl Zigaretten, ein Doppler Wein..../Monat sind für viele von uns kein Problem - wie wichtig ist uns ein linkes Projekt?) und helft uns massigst, um unser Vorhaben in die Realität umzusetzen.

**Helft mit, damit die Nachrichten aus dem Widerstand auch wirklich an die Öffentlichkeit gelangen!!!**

Neueste Infos zur Solisteuer:

Alles in allem benötigen wir rund 9000.-öS im Monat an Solisteuer um die neu angeschaffte Infrastruktur am Leben zu erhalten.

Zur Zeit erhalten wir rund 4000.-öS im Monat mit Hilfe der Solisteuer.

Ganz, ganz vielen Dank an alle SolisteuerzahlerInnen.

Es fehlen momentan also noch rund 5000.-öS

Jetzt die gute Nachricht an all jene, die uns schon mit Hilfe der Solisteuer unterstützen:

Da es uns durch eure finanzielle Unterstützung immer wieder gelingt, den schlimmsten ökonomischen Katastrophen zu entrinnen, wollen wir mit euch in Zukunft einen intensiveren Infoaustausch anstreben; d.h. wir planen eine kontinuierliche Infomappe an euch auszusenden, in der mehr über die Geschehnisse innerhalb des Kollektivs erzählt wird.

Diskussionen, ökonomische Situation des TATblatts, und vieles mehr soll darin enthalten sein. Wir möchten einfach einen intensiveren Meinungsaustausch mit jenen Menschen forcieren, die uns durch ihre Ökonomische Unterstützung Solidarität beweisen. Wir hoffen demnächst diese erste Infomappe zusammengestellt zu haben.

Neue Adresse...Neue Adresse

## TATblatt macht noch mehr Druck!!!

in der neuen  
TATblatt Druckerei  
Zieglergasse 14/III  
1070 Wien

Tel.: (0222) 93 90 38

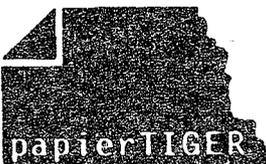
Öffnungszeiten:  
Mo. - Do.: 10 - 17 Uhr  
Fr.: 10 - 14 Uhr

Ab 9.11.92 können wir fast alles unter unserer neuen Adresse anbieten: Satz, Repro, Offset-Druck aller Formate bis A1, kostengünstigen Digitaldruck bis A3 und Endverarbeitung.

### TATblatt Druckerei:

- die Offsetdruckerei
- die Alternative zum Copy-shop
- die Adresse für Satz und Repro

ab 9.11.92 in der  
Zieglergasse 14/III



Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

### Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hat: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

## Betrifft: TATblatt

Noch ein paar traditionelle letzte Worte zur Produktion dieses TATblatts: Durch Krankheiten und eine größere Anhäufung von Demos sind wir diesmal ein bißchen in Personalnöte geraten, die sich leider ein bißerl auf die Nummer geschlagen haben. Nicht zuletzt deshalb brauchen wir dringend neue Leute.

Viele Themen sind unbearbeitet geblieben: Die leider ziemlich schwach besuchte Mietrechtsdemo vom vergangenen Freitag oder Gabcikovo sind nur zwei Beispiele.

Noch eine schlechte Nachricht: Die Abos sind in den letzten Wochen stark zurückgegangen. Für ein finanziell wackeliges Projekt wie das TATblatt bedeutet dies zwangsläufig eine ernste Bedrohung! WIR BRAUCHEN DRINGENDST MEHR ABOS!!! Abonniert, wenn ihr das nicht schon längst getan habt, Verschenkt Abos, bewirbt das TATblatt, sonst geht es uns langsam an den Kragen. Und da wär doch schad drum.

Das wärs dann wieder für diesmal!

*Liebe und Kraft miteinander!  
Einer vom TATblatt-Kollektiv*

## Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstveraltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgebote zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erdulden und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Nummerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

### TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr im TATblatt-Büro:  
Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11

## TATblatt-Verkaufsstellen

WIEN 1: ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnerpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz)

WIEN 2: ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) WIEN 3:

● Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser

Laden“ (Apostelgasse 17) WIEN 7: ● Platten Why Not (Kirchengasse) WIEN 8: ● EZA (Lerchenfelderstraße 18-24)

● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) WIEN 9: ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kollingasse 6) WIEN 16: ● Beisl CI: Payergasse 14) ● Beisl

B.A.C.H. (Bachgasse 21)

INNSBRUCK: ● Am Haven (Innrain 157) ● Utopia (Tschamlerstr. 3)

SCHWERTBERG: ● Kulturverein KANAL (Josefital 21)

Änderungen vorbehalten! Stand November 1992

## TATblatt-Abo:

einfach beiliegenden Erlagschein ausfüllen (Name und Adresse auch am rechten Abschnitt eintragen!!!) und einzahlen!

Preise innerhalb Österreichs:

10-Nummern-Abo: 140,- Öschis

20-Nummern-Abo: 270,- Öschis

außerhalb Österreichs:

10-Nummern-Abo: 200,- Öschis



Die Würde des Menschen ist unantastbar. Polizisten müßten Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor Würdenschüssen schützen.



Bundeskanzler Helmut Kohl unter Demonstrationen. Die Polizei war immer dabei. Aber sie konnte die Ausschreitungen nicht verhindern.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

**Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst! Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte bei uns anrufen oder uns schreiben!**

## Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.